



## Testfall China

### Die chinesisch-europäischen Beziehungen auf dem Prüfstand

von Andreas Seifert

*„China is the single greatest test of Europe's capacity to make globalisation an opportunity for jobs and growth. China faces huge challenges in addressing pressing social, environmental and economic issues. Europe must get China right, as an opportunity, a challenge and prospective partner.“<sup>1</sup>*

Die hier vorgelegte Studie nimmt das Verhältnis Chinas zur Europäischen Union in den Fokus der Betrachtung. Grundfrage ist, wie der „größte einzelne Test“ für Europa beschaffen ist und welche Formen das Verhältnis angenommen hat. Mit Bezug zu den sicherheitspolitischen Implikationen wird die Art und Weise diskutiert, wie das Verhältnis von beiden Seiten gestaltet wird.

Eingangs werden einige Bedingungen auf chinesischer Seite thematisiert und ein kleiner historischer Überblick gegeben, um dann ausführlich anhand relevanter Grundsatzpapiere die Sichtweise Chinas auf Europa und Europas auf China zu verdeutlichen. Schließlich werden einzelne Themenbereiche isoliert und detaillierter diskutiert, die über ein Konfliktpotential im beiderseitigen Verhältnis verfügen. Diese leiten zu einem abschließenden Fazit hin das auf der Grundlage der vorliegenden Untersuchung zu dem Ergebnis kommt, dass das Verhältnis weitgehend von wirt-

schaftspolitischen Themen dominiert wird und Konflikte, wie auch Widersprüche zu eigenen Ansprüchen ausgeblendet werden.

#### Der vermeintlich monolithische Block

In den europäischen Medien herrscht mit Bezug zu China vielfach ein simplifizierendes Bild vor. Im Resümee des jüngst zum Abschluss gebrachten 17. Parteitags der kommunistischen Partei Chinas sind sich viele westliche Kommentatoren einig: es habe sich nichts verändert und die Partei sei das eigentliche Problem Chinas und werde dies auch bleiben.<sup>2</sup> Wäre dieses nicht der Fall, so ließe sich weiter schließen, wären die Probleme Chinas lösbar, würden politische Reformen China in ein blühendes Land verwandeln, das sich kooperativ an der Rettung der Welt beteiligt. So aber werde daraus wohl nichts.

Vielmehr rücke eine neue Generation von Führern ins Politbüro nach und sichere seinen Anspruch auf die Führerschaft im Lande durch ein paar wohlklingende Phrasen ab, die dem eigenen, wie dem ausländischen Journalistenvolk suggerieren: wir haben die Probleme sich verschärfender gesellschaftlicher

Konflikte und die Langzeitfolgen umweltbelastender Fortschrittsgläubigkeit erkannt ... und steuern dagegen. Dies ist nicht nur schnell als Propagandatricks erkannt und gebrandmarkt, sondern wird als Beleg für den Fortbestand des Parteifilzes gesehen, der grenzenlose Machtfülle besitzt und auf nichts Rücksicht zu nehmen habe.

Die Wortwahl „Generation“ wird dabei nur allzu willentlich aus dem Chinesischen (dai 代) übernommen, stützt sie doch die Fiktion der KP als monolithischem Block, der dem Fingerzeig des Parteichefs treu ergeben ist und tut, was immer die Zentrale beschließt. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich das Machtmodell Partei vs. Rest als so wenig glaubwürdig, wie der Rekurs auf die Zeit vor 1976 als eine Alleinherrschaft Mao Zedongs.<sup>3</sup> Dabei seien hier nicht einmal die verschiedenen Fraktionen der Partei selbst angesprochen, über die allenthalben immer dann spekuliert wird, wenn offensichtliche „Reformer“ auf wichtige Posten kommen oder diese verlassen: gemeint ist vielmehr die unmittelbare Folge der Dezentralisierung zu Beginn des Wirtschaftsreformprozesses. Die Stärkung der Regionen war eine der Triebfedern des chinesischen Wirtschaftswunders und verkompliziert heute den „rechtsstaatlichen Kurs“ der „Zentral“-Regierung.<sup>4</sup> Die Dezentralisierung förderte einerseits die schon länger vorhandenen Tendenzen in den einzelnen Regionen, sich als „Sonderfall“ mit besonderen Bedürfnissen zu sehen, andererseits führte sie zur Errichtung innerchinesischer Handelshemmnisse und verhindert einen Ausgleich über Regionalgrenzen hinaus. Nebeneffekt dieser Entwicklung ist, dass fast jedes in Beijing vorhandene Amt in den Regionen reproduziert wird - oder anders ausgedrückt: Chinas Bürokratie ist nicht nur gigantisch, sie ist, gestützt durch Patronage, auch noch regionalistisch.<sup>5</sup> Da kann eine zentrale Regierung beschließen was sie will, solange es an den Regionen hängt, dieses umzusetzen, wird der Beschluss zu einem Spielball regionaler Befindlichkeiten. Überdies: Das Gleiche gilt auch für die Partei. Beijings Privileg gegenüber den Regionen besteht einzig darin, den Gouverneur zentral ernennen zu können und somit zumindest einen gehörigen Einfluss auf die Spitze einer Provinz zu haben.<sup>6</sup>

Dieser letztendliche Mangel an Implementierungskraft führt umgekehrt dazu, dass die Partei und auch der Staatsapparat selbst die Befindlichkeiten der Regionen in den einzelnen Politikbereichen berücksichtigen muss und in einen wohl dosierten Proporz umwandelt, der Reformen ausschließlich auf der Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners ermöglicht.

Der kommunistischen Partei kommt hier nicht einmal mehr normative Kraft zu, sondern sie beschränkt

sich letztlich darauf, die organisatorische Plattform zu bilden, auf der (als „pragmatische Politik“ getarnte) Klientelinteressen ausgehandelt werden. Dass am Ende solcher Prozesse und Parteitage „Phrasen“ stehen, ist aber weniger dem Wunsch nach Normierungskraft geschuldet, als dem spezifischen Politikstil, der bisher nicht in der Lage ist, über Gesetze Politik zu bestimmen, sondern über Konsens eine Implementierung durch die ausführenden Stellen zu erreichen sucht.<sup>7</sup> Dass Staat und Partei damit bisher erfolgreich sind, sollte bei dieser Einschränkung nicht übersehen werden.

Relevant wird diese Einschätzung der Handlungsgrenzen der volkrepublikanischen Führung mit Bezug zur Außenpolitik. Denn auch wenn das Verhältnis Chinas zur Europäischen Union von Außen immer noch als die eindeutige Domäne der Beijinger Partei- und Staatsführung erscheint, so unterliegen es ähnlichen Einschränkungen. Auch hier deuten die jüngsten Aktionen der Beijinger Führung darauf hin, dass noch längst nicht von einer einheitlichen Politik oder einem klaren Konzept die Rede sein kann. In dem Maße, wie Beijing zum Beispiel versucht, Entwicklungshilfe als außenpolitisches Mittel bewusst einzusetzen, wird deutlich, dass innerhalb der Administration zu viele unterschiedliche Stellen damit betraut sind, als dass eine Koordination gelingen könnte - folglich findet nun eine Reorganisation statt.<sup>8</sup> Einen weiteren (Stör-)Faktor bilden auch in diesem Feld die chinesischen Regionen/Provinzen, die in Konkurrenz zueinander um ausländische Investitionen streiten und gerne „ohne Beijing“ zum Vertragabschluss kommen möchten.<sup>9</sup> Zum Letzten schließlich ist die Unternehmenslandschaft längst nicht mehr vom „hörigen“ Staatsbetrieb allein bestimmt. Börsennotierte Unternehmen wollen nicht mehr auf alles hören, was Beijing vorgibt.<sup>10</sup> Dies wiederum gilt besonders für die relevanten Rohstoffindustrien, die unter besonderem Schutz, wie auch unter besonderer Beobachtung durch den Staat stehen und gerade in der Allokation ihrer Handelsware weit über die Grenzen der VR aktiv sind.<sup>11</sup>

Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet unterliegt die Position der VR China in der Welt einer Vielzahl von Einschränkungen und muss nicht wenige Sonderinteressen berücksichtigen. Beispielhaft soll im Folgenden das Verhältnis zwischen der Volksrepublik China und der Europäischen Union bzw. den Mitgliedsstaaten der EU näher untersucht werden.



## Europa und China: Geschichtlicher Überblick

Europas Beziehungen zu China gehen weit zurück und hatten im 19. Jahrhundert einen ersten unrühmlichen Höhepunkt, als das chinesische Kaiserreich mit den Opiumkriegen dazu gezwungen wurde, sich den imperialistischen Mächten zu öffnen. Die Auswirkungen dieses Krieges, der zur Absicherung des Drogenexports nach China diente, reichen weit bis in das 20. Jahrhundert. Bis in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein stand sogar die chinesische Zollbehörde unter der Aufsicht ausländischer Mächte, die Zölle als Reparationsleistungen Chinas nach Europa zurückführten. Nach 1949 suchte die kommunistische Führung ihren Platz in der internationalen Politik erst an der Seite der Sowjetunion und ignorierte die (west-) europäischen Versuche, in diplomatischen Beziehungen zu treten.<sup>12</sup> Einzig mit Frankreich stand „Rot-China“ in den frühen 60er Jahren im Kontakt - der Rest Europas zog erst in den 70er Jahren nach. Die frühen 70er Jahre brachten nicht nur eine Annäherung zwischen der Volksrepublik und den Vereinigten Staaten, sondern vielmehr auch eine Verbesserung und Intensivierung der Beziehungen zu den europäischen Staaten. Nach und nach wurden zu den meisten europäischen Staaten diplomatische Verbindungen aufgenommen. 1975 begannen die offiziellen Kontakte zwischen der Europäischen Gemeinschaft und China. Dabei trat die EG keineswegs nur in wirtschaftspolitischen Fragen auf den Plan, sondern ebenfalls in Fragen allgemeiner Politik.<sup>13</sup> Europäische Institutionen begannen sektorale Kontakte zu knüpfen und auszubauen, immer begleitet von den nationalstaatlichen Bemühungen um intensivere Beziehungen. Die einsetzende Reformpolitik in China gab diesen Bestrebungen Auftrieb und verursachte eine Art Wettlauf der europäischen Staaten (und zum Teil sogar ihrer Untergliederungen) um eine möglichst gute wirtschaftliche Position im Riesenreich. Die anfängliche Konfusion über die EU-Politik gegenüber China und die Politik der EU-Mitgliedsstaaten halten bis heute an:

„The overall EU approach of building ever stronger relations with China is hampered by conflicting foreign policy goals of major member states.

In the end, national interests still tend to be more important than attempts toward a Common Foreign and Security Policy. [...] Most Western European states take advantage of the confusing situation that there are de facto two different policies toward China, one formulated by single nation states and one promulgated by the European Commission and other institutions.“<sup>14</sup>

Damit wird freundlich umschrieben, dass es einzelne europäische Staaten vorgezogen haben, der EG bzw. später der EU das politische Feld (allen voran das Eintreten für die Frage der Einhaltung der Menschenrechte) zu überlassen und die eigenen diplomatischen Bemühungen auf die Wirtschaftspolitik zu beschränken. Insofern stellte die Niederschlagung der Studentenbewegung 1989 auf dem Beijinger Tiananmen-Platz einen Wendepunkt auch für die EU-Politik dar. Einerseits führte der Protest europäischer Institutionen zu einem Stillstand in den offiziellen EU-Beziehungen zur VR, der bis 1992 anhalten sollte, andererseits wurde das Modell der Aufgabenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und der EU zusehends in Zweifel gezogen. Während einzelne Staaten (allen voran Deutschland) bald wieder in Kontakt zu China traten und unter dem Vorwand des „notwendigen Dialogs“ die Absicherung ihrer Investitionen betrieben, dümpelten die Gespräche mit der EU vor sich hin. Der EU wurde in Beijing beschieden, sie hätte sich in innere Angelegenheiten Chinas eingemischt.

Die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen der EU und China fand nach 1992 vielfach unter der Maßgabe statt, störende Kommentare an der innerchinesischen Repression komplett auszublenden. China-kritische Resolutionen des Europäischen Parlaments beispielsweise wurden von der Kommission nun nicht als Äußerungen Europas gewertet und somit auch nicht der chinesischen Regierung übermittelt. Ebenso wie es die europäischen Staaten vermieden, auf internationaler Bühne direkte Kritik an China zu üben - sie versagten vielfach die Zustimmung zu offener Kritik an Menschenrechtsverletzungen in der VR -, enthielt sich auch die Kommission weiterer Kommentare. Zum Ende des 20. Jahrhunderts wurde versucht mit

dem „Menschenrechtsdialog EU-China“ einen Teil dieser „Kritikfähigkeit“ zurückzugewinnen, doch steht dieser Dialog nicht oben, sondern weiter hinten auf der Agenda der EU. Seit 1998 schließlich findet jährlich ein *EU-China-Summit* statt, der als Forum zum Meinungsaustausch zwischen den Staatsführern gedacht ist und in schöner Regelmäßigkeit die Gemeinsamkeiten betont und neue Aufgaben in den Blick nimmt.

Einen formalen Höhepunkt erreichten die Beziehungen mit der Deklaration einer „strategischen Partnerschaft“ im Oktober 2003, mit der beide Seiten die Hoffnung verbanden, in allen Bereichen des internationalen Systems zu kooperieren. An anderer Stelle<sup>15</sup> wurde bereits herausgearbeitet, dass beide Seiten durchaus unterschiedliche Vorstellungen mit dem Reifegrad dieser Partnerschaft verbanden, dennoch greift der Schluss, mit den gleichen Worten unterschiedliche Dinge zu benennen, zu kurz. Diese *strategische Partnerschaft* ist nicht in ihren *Details* signifikant, als vielmehr in ihrer *Existenz*. Sie ist in erster Linie als ein Signal in verschiedene Richtungen von Bedeutung: sowohl gegenüber dem internationalen System, wie auch nach Innen, in die EU und China hinein.

### Der konzeptionelle Rahmen: Grundsatzpapiere

Über die Deklaration vom Oktober 2003 hinaus haben beide Seiten in den letzten Jahren mehrere Policy-Paper publiziert<sup>16</sup>, die die jeweiligen Verschiebungen in der Strategie im Umgang miteinander beschreiben und Brüche wie Gemeinsamkeiten zu dokumentieren helfen.

#### China-EU

Als „Antwort“ auf ein von der Europäischen Kommission 2003 verfasstes Grundsatzpapier zu dem Verhältnis der EU zur Volksrepublik China (*A Maturing Partnership - Shared Interests and Challenges in EU-China Relations (COM 2003/533)*) veröffentlichte die chinesische Regierung im Oktober 2003 ihr erstes und einziges *Policy Paper on the Relationship with the EU*.<sup>17</sup> Es ist darüber hinaus das erste Papier dieser Art, welches die chinesische Regierung überhaupt herausgegeben hat, um ihr Verhältnis und ihre Position zu einem bestimmten Land deutlich zu machen - doch hier sollte man vorsichtig sein, aus diesem Umstand eine besondere Bewertung der Beziehungen abzuleiten. Die Volksrepublik hat seither eine Reihe von Papieren zu anderen Themen veröffentlicht und zeigt so, dass es diese Form der Kommunikation mit Partnern durchaus zu nutzen weiß.

Es beginnt mit der Feststellung, dass die Europäische Union eine der zentralen Kräfte ist. Die chinesische

Regierung sieht Europa als eine der mächtigsten Wirtschaftsmächte in der Welt an und als einen der relevantesten Partner für die chinesische Wirtschaft überhaupt. Die Beziehungen zwischen den beiden Parteien haben sich wesentlich verbessert und es sind letztlich die Vorteile, die die Konfliktfelder bei weitem Übertreffen. Beide Seiten, so wird festgehalten, haben ein Interesse daran, die Beziehungen weiter auszubauen und zu vertiefen. China sieht sich (nun) von der EU respektiert und agiert mit ihr auf gleicher Augenhöhe.

Mithin ist dieser Punkt ein wesentlicher im gegenseitigen Verständnis. Das vielfach auch von Westlern unterstellte Minderwertigkeitsgefühl löst sich auf zu einem selbstbewussten Auftreten gegenüber dem sich überlegen fühlenden Westen. Dieses Selbstbewusstsein speist sich dabei nicht allein aus der ökonomischen Macht, die China in der Zwischenzeit erreicht hat, als vielmehr auch aus der Stabilität, die das System aufzuweisen hat.

Im Hauptteil des Papiers geht es um die Stärkung der Kooperation in allen Bereichen - aufgeteilt in politische, ökonomische, wissenschaftliche, soziale, juristische und schließlich militärische Aspekte. Die Reihenfolge dieser Aspekte und die Anordnung innerhalb der Einzelpunkte kommen einer Hierarchie in der Bedeutung gleich.

Der erste Punkt unter dem Header der allseitigen Stärkung der China-EU-Kooperation ist demnach das ausführliche Bekenntnis zur Gesprächsbereitschaft, sowohl mit den verschiedenen Institutionen und etablierten formalen Dialogforen der EU, wie auch mit allen Mitgliedstaaten. Zweitens, und ausführlicher, das Beharren auf dem „Ein-China-Prinzip“ als der Voraussetzung für alles Weitere. Dabei wird der Rahmen, der der EU, wie seinen Mitgliedstaaten bleibt, um mit Taiwan Kontakte zu pflegen, klar und restriktiv definiert - „du sollst kein China neben uns haben.“ Drittens werden die Sonderverwaltungszone Hongkong und Macao als Bestandteil Chinas und damit als Partner der EU ausdrücklich erwähnt - der autonome Kontakt europäischer Staaten mit diesen beiden wird ausdrücklich angeregt. Auch Tibet findet hier Erwähnung und die EU wird aufgefordert, Kontakte zu Separatisten in und aus Tibet zu unterlassen.

An fünfter Stelle kommt auch der Menschenrechtsdialog, bei dem die EU gelobt wird, sich in einem konstruktiven Dialog zu engagieren und Konfrontationen zu unterlassen.

Im Rahmen der internationalen Beziehungen sieht man hingegen mehr Spielraum und regt an, die Konsultationen und Koordinationen bezüglich „major international and regional hotspot issues“ zu verbes-

sern. Dies gilt auch im Bezug zur UN und der ASEM, wobei die chinesische Seite deutlich macht, dass ASEM durchaus als Model für eine „new international political and economic order“ taugt. Mit Terrorismus ist ein Feld der engeren Kooperation benannt. Schließlich möchte man noch den Kontakt zwischen den legislativen Organen der EU, wie seiner Mitgliedsstaaten und dem chinesischen Parlament und der politischen Konsultativkonferenz, sowie den Austausch europäischer Parteien mit der kommunistischen Partei Chinas fördern. Bei der schier endlosen Aufzählung möglicher Partner fehlen Nicht-Regierungs-Organisationen aus fast allen Bereichen ebenso, wie auch die anderen zugelassenen chinesischen Parteien nicht in internationale Kontakte mit einbezogen werden, sondern nur über den kontrollierten Rahmen der politischen Konsultativkonferenz angesprochen werden. Einzig im Bereich des Umweltschutzes sieht man von chinesischer Seite Bedarf für externe Expertise. Insofern sind die Formulierungen, die eine offene Position und Gesprächsbereitschaft signalisieren sollen, restriktiver Natur: es handelt sich durchweg um exklusive und eingeschränkte Dialoge. Das trifft auch auf das Stichwort Terrorismus zu, dessen Erwähnung nebelhaft bleibt: jede Seite hat demnach das Recht, etwas zu Terrorismus und jemanden zum Terroristen zu erklären. Hier ist an den vorherigen Paragraphen zu Tibet zu erinnern.

Die Benennung der UN an einer zweiten Stelle im Papier lässt die Grenzen der Kooperation zwischen der EU und der Volksrepublik im internationalen System deutlich werden. Ist im vorderen Teil die Rede davon, dass eine bessere Koordination Chinas mit der EU in der UN wünschenswert ist, so ist dies für konkrete Peacekeeping-Einsätze der UN noch nicht der Fall - diese werden im hinteren Teil des Papiers über die Kooperation bei Polizei-Angelegenheiten als etwas erwähnt, was beide Seiten für sich aktiv unterstützen sollten. Dennoch ist dieser vordere Teil nicht nur ein Bekenntnis zur UN, sondern auch zu einer Reihe weiterer internationaler Institutionen und Ideen, wie dem Nichtverbreitungsvertrag von Massenvernichtungswaffen, der Beseitigung von Landminen aus ehemaligen Kriegsgebieten und der friedlichen Nutzung des Weltraums.

Der nächste und ausführlichere Block dreht sich um die Wirtschaftsbeziehungen und damit um den Kernbereich des Verhältnisses zwischen EU und China. Es ist dies letztlich auch das Feld, in dem man die meisten Konflikte hat. So mahnt die chinesische Seite hier an, dass die EU ihre restriktive Ein- und Ausfuhrpolitik ändert und gerade im Bereich des Technologietransfers, aber auch bei der Anti-Dumping-Politik,

mehr Großzügigkeit walten lassen sollte. Das Echo auf diese Forderungen liebt man später im Papier der Europäer: Technologietransfer nur unter Beachtung von Patentrechten, Aufhebung von Strafzöllen bei realistischen Preisen, etc.

Ein interessanter Punkt ist hier der kurze Passus zur europäischen Entwicklungshilfe, von der es auch mehr als bisher sein darf - in ausgewählten Bereichen: Umweltschutz, Erziehung, Hygiene und Armutsbekämpfung. Auch wünscht man sich in diesem Rahmen mehr Investitionen in Chinas Westen und im Bereich der Fort- und Weiterbildung. Ausgespart sind hier bewusst die Bereiche der Politikberatung und der politischen Bildung, für die die EU in den letzten Jahren immer wieder Projekte finanziert hatte (z.B. grassroot democratization, Wahlorganisation auf Dorflevel, etc.).

Umgekehrt reagiert die chinesische Seite auf Forderungen aus der EU, u.a. die weitere Öffnung der Märkte, insbesondere dem Finanz- und Versicherungsmarkt, aber auch dem Markt für Umweltschutzprodukte und Agrarprodukteveredelung mit offenen Formulierungen, die alles ansprechen, aber kaum konkrete Lösungen in Aussicht stellen - letztlich ist der Jargon des „Diplomatischen“ so gewissenhaft eingehalten, dass er in weiteren Verhandlungen erklärungsbedürftig wird. Auch die Orte für diese weiteren Verhandlungen werden an verschiedenen Stellen benannt: meist gemeinsame Arbeitsgruppen. So wird der (schon länger existierenden) Arbeitsgruppe zur Agrarwirtschaft nun auch von chinesischer Seite zugestanden, in Zukunft eine „Rolle“ zu spielen. Im Bereich der Energiesicherung und Energiekooperation hingegen sieht man nur den Bedarf nach einer „Verstärkung“ des Arbeitsgruppenmechanismus, stellt darüber hinaus aber nur unverbindliche Gespräche zum Informationsaustausch über Energiepolitik in Aussicht.

Weiter werden die Vertiefung des Austausches über die Transportproblematiken und Zoll- und Quarantänebestimmungen angeregt sowie eine Auseinandersetzung über die Informationsgesellschaft angestrebt (wohinter sich ebenfalls eine Auseinandersetzung über Rechte des geistigen Eigentums verbirgt).

Der dritte Block in der Abfolge des chinesischen Papiers dreht sich gleich um mehrere höchst unterschiedliche Punkte, die nur auf den ersten Blick harmlos aussehen. Der Aspekt der Kooperation im Bereich der Technologie und (Natur-)Wissenschaft enthält einige auch für den Sicherheitsbereich relevante Verweise. Der allgemeine Verweis, dass eine Kooperation immer zum gegenseitigen Vorteil verlaufen sollte und auch die Ergebnisse unter Beachtung der Rechte des geistigen Eigentums verwertet werden müssen, wird

gefolgt von den Bereichen, in denen man sich dies verstärkt wünscht. So sollen mehr chinesische Wissenschaftler im Forschungsrahmenprogramm der EU an biologischer Forschung teilnehmen und man möchte auch stärker (als bis dahin) an großen Forschungsprojekten beteiligt werden - konkretes genanntes Beispiel: das Galileo Satellitensystem. Zudem wünscht man den verstärkten Austausch von Wissenschaftlern und die Unterstützung von Firmen beider Seiten bei Kooperationen im Technologiebereich.

Forschung und Technologie sind hingegen gerade für Europa ein heikler Punkt - die bisher angestoßenen Projekte sind keineswegs positiv zu evaluieren. So herrscht nicht nur eine gewisse Asymmetrie in den Bereichen Forschermobilität, Finanzierung vor, sondern darüber hinaus sind viele Projekte auch in ihrer Nachfolgenutzung asymmetrisch. Sogar Verfassungsschutzberichte verschiedener deutscher Bundesländer bescheinigen hier europäischen Forschern eine gewisse Naivität im Umgang mit ihren chinesischen Partnern.

In diesem Block findet sich auch der kulturelle Austausch, der ebenfalls über staatliche Stellen intensiviert werden soll. Seit der Erstellung des Berichtes ist Beijing dazu übergegangen, in verschiedenen europäischen Städten „Konfuzius-Institute“ aufzubauen, deren Zuschnitt weitgehend dem Modell von „British Council“-Institutionen oder Niederlassungen des Goethe-Instituts entspricht.<sup>18</sup> Europäische Länder werden eingeladen, ihrerseits Kulturinstitutionen in Beijing, also ausschließlich in der Hauptstadt, zu etablieren. Der Austausch im Bereich der medizinischen Vorsorge sowie von Lehrern und Dozenten ist hier ebenso erwähnt, wie auch die Presse bedacht wird: „Relevant government departments or agencies of the two sides should enhance mutual contact and communication and share practices and experience in respect of government press release and the handling of government-media relations.“ Auch dies ist ein heikler Punkt vor allem für die europäische Seite, denn

- es ist Chinesen derzeit nicht möglich, sich ein wirklich unabhängiges Bild von Europa zu bilden, da die Berichterstattung über das Ausland strikt kontrolliert wird;
- es ist für europäische Journalisten nur unter Auflagen möglich, in China zu recherchieren.

Selbst für chinesische Journalisten ist die Recherche im eigenen Land nicht ungefährlich, wie der Fall eines Journalisten aus Beijing zeigt, der über eine Angelegenheit lokaler Despotie in der (entfernten) Provinz Liaoning berichtete und kurzerhand bei sich Zuhause von Beamten der Polizei aus Liaoning befragt wurde, nebst Hausdurchsuchung.

Den Abschluss des Blocks bildet die Frage der Freizügigkeit im Reiseverkehr - hier ist China einerseits daran interessiert die Schranken für Chinesen bei der Erlangung von Einreisevisa in die EU abzubauen, andererseits doch noch ein bisschen Restkontrolle darüber ausüben zu können, wer nach Europa reist. Es ist aufgrund rigider Einreiseprozeduren immer noch sehr schwer für Chinesen nach Europa zu kommen, auch wenn der Prozentsatz von regulär eingereisten Chinesen, die in Europa um Asyl bitten oder illegal verbleiben, verschwindend sein dürfte und insofern kaum „negative“ Erfahrungen existieren. Der Passus enthält aber auch einen Verweis darauf, dass man eine enge Kooperation bei der Rückführung von illegal nach Europa eingereisten Chinesen wünscht.<sup>19</sup>

Die Kooperation im Bereich des Rechts, der öffentlichen Verwaltung und über die (legalen Teile der) Migration sind weitere Punkte in einem neuen Block, bei denen China für einen besseren Austausch wirbt. Die Justizkooperation möchte man dabei vor allem bei grenzüberschreitenden Delikten gestärkt sehen, wo auch die Kooperation auf dem Feld der Polizei ansetzt. China will hier ganz gezielt mit den nationalstaatlichen Polizeien wie auch mit EUROPOL ins Gespräch kommen und strebt Mechanismen an, mit denen es von den Informationen anderer Polizeien in der Strafverfolgung profitieren kann. Hier findet sich dann auch der oben erwähnte Verweis auf UN-Missionen wieder: „The two sides should support and actively participate in UN peacekeeping and other activities.“

Unter der Überschrift „Der militärische Aspekt“ ist zuletzt ein Bereich angesprochen, für den die EU kaum wirklich als Adressat in Frage kommt, als vielmehr die Einzelstaaten der EU. China regt einen intensivierten Austausch ranghoher Militärs an und die Entwicklung eines Konsultationsmechanismus über strategische Sicherheit. Und, als kleines Ausrufezeichen: die EU soll endlich das Waffen-Embargo gegenüber China aufheben und sich aktiv um eine Kooperation im Bereich der Verteidigungsindustrien und -technologien bemühen.

Insgesamt verbleibt bei dem Dokument der Eindruck eines austarierten Diplomatschriftstücks, das krampfhaft versucht, alles anzusprechen und doch niemanden mit einer kontroversen Position zu brüskieren.<sup>20</sup> In der Tat erschließen sich viele Punkte erst durch den Hintergrund festgefahrener oder anhängiger Verhandlungen. Allein der Stil macht jedoch deutlich, an wen es primär adressiert ist: Europa. Andererseits ist eine der Zielrichtungen auch in China zu finden - das Beharren auf einem respektvollen Umgang miteinander ist auch ein Signal an die

eigenen Interessengruppen, dass internationale Politik nicht nur im Durchsetzen eigener Interessen bestehen kann. Indem die Regierung hier versucht, die über verschiedene Ressorts verstreuten „sektoralen Dialoge“ wieder zusammenzuführen, reklamiert sie die Führerschaft. Den autonomen Kontakten einzelner Provinzen mit Europa wird ein Rahmen gesetzt. Das bewusste Ausklammern nicht-staatlicher Akteure auf chinesischer Seite ist darüber hinaus als Machtanspruch nach Innen zu verstehen. Nicht nur in diesen Punkten unterscheidet sich das nun folgende Papier der Europäischen Kommission deutlich von dem hier zuerst und ausführlich vorgestellten chinesischen.

### **EU-China**

Unter den Titeln *EU - China: Closer partners, growing responsibilities (COM631)*<sup>21</sup> und *A policy paper on EU - China trade and investment: Competition and Partnership (COM632)*<sup>22</sup> hat die europäische Kommission im Oktober 2006 zuletzt ihre Positionen zum Verhältnis mit China beschrieben. Zielrichtung der Aussagen ist, dass China und Europa sich gemeinsam den globalen Aufgaben stellen und jede Seite hierzu ihre Stärken beisteuern sollen.

Adressaten des von der EU erstellten Papiers sind neben China vor allem die Staaten und Institutionen der EU selbst und viele Formulierungen in dem Papier verweisen bereits auf einen deutlichen Unterschied zwischen einer „europäischen“ Position und den Positionen, wie sie von den Mitgliedsländern vertreten werden.

„China is one of the EU’s most important partners. China’s re-emergence is a welcome phenomenon. But to respond positively and effectively, the EU must improve policy coordination on all levels, and ensure a focussed single European voice on key issues.“<sup>23</sup>

Oder:

„The EU should ensure that it speaks with one voice on the panoply of issues related to its relations with China. Given the complexity of the relationship and the importance of continuity, regular, systematic and cross-cutting internal coordination will be essential.“<sup>24</sup>

Die Einschätzung Chinas und der EU-China-Beziehungen durch die Kommission sind Gegenstand der ersten beiden knapp gehaltenen Abschnitte im Hauptpapier COM 631, die mit Bezug auf China recht kritisch ausgefallen sind. So sieht man die chinesische Regierung konfrontiert mit den Folgen des jahrelangen ungehemmten Wachstums, das zu Einkommensungleichgewichten und Nachholbedarf bei der Bildung geführt hat. Weitere Probleme werden in der

Überalterung der Gesellschaft und den Unzulänglichkeiten im Gesundheitssystem gesehen. Darüber hinaus gefährdet aus der Sicht der EU auch der bereits hohe und weiter steigende Ressourcenverbrauch Chinas nicht nur die Balance im Handel mit Energie und Rohstoffen, sondern auch die Umwelt allgemein. Die chinesischen Außenpolitiker, so sieht man es in Brüssel, haben hier reichlich nachzuholen.

Hauptpunkte zukünftiger China-Politik sind im Abschnitt 3 formuliert. Unter der Überschrift „Supporting China’s transition towards a more open and plural society“ sind die Reste des Eintretens für die Menschenrechte versammelt - prominent platziert, aber überaus vorsichtig mahnt man hier Fortschritte an.<sup>25</sup>

Deutlich länger als das Statement zu den Menschenrechten fällt der Abschnitt zu einer zukünftig besseren „Nachhaltigen Entwicklung“ aus. Hier wird ein Dialog über Energiesicherheit angesprochen, der sich aus Sicht der Kommission nur im Rahmen des freien Marktes abspielen kann, in den China integriert werden muss. China soll sich demnach vor allem mit eigener Transparenz an einem Dialog über die Energiesicherheit in Entwicklungsländern beteiligen, mit besonderem Verweis auf Afrika. Letztlich wird damit wenig charmant das untransparente Engagement Chinas in Afrika angesprochen, das der Europäischen Union in mehrfacher Hinsicht ein Dorn im Auge ist (siehe den gesonderten Abschnitt weiter unten). Hieran knüpft auch die Forderung, chinesische Energiefirmen dem „Markt“ auszusetzen und ausländische Firmen auf dem chinesischen Markt zuzulassen. Nachhaltige Energieverwendung, die Steigerung der Energieeffizienz durch den Einsatz moderner Techniken sowie der Ausbau erneuerbarer Energien sind ebenfalls hier aufgeführt, wirken aber angesichts neuerer Entwicklungen als Makulatur:

- China plant den Bau von 32 Kernkraftwerken in den nächsten 10 Jahren;
- die chinesische Regierung hat Mitte November 2007 den Ausbau von Biotreibstoff mit der Begründung eingestellt, er gefährde die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung.

Der europäischen Seite kann man im Falle der nicht offen genannten Atomenergie<sup>26</sup> allerdings ebenfalls einen Widerspruch zu ihren Aussagen in der Kommunikation und ihrem anschließenden Handeln zuschreiben. Es sind auch europäische Konzerne, die am Bau von Kernkraftwerken in China mitwirken/mitverdienen möchten und so nimmt es wenig wunder, wenn das Abschlusskommuniqué des 10. China-EU Summit vom 28. November 2007 als Punkt 34 aufführt:

„[...] The two sides expressed their satisfaction

for having concluded the discussion on the R&D [research & development] agreement for the peaceful uses of nuclear energy. They hope that the agreement will enter into force very soon, allowing cooperation in the area of nuclear fusion.“<sup>27</sup>

Ebenfalls in diese Kategorie fallen andere Punkte der Nachhaltigkeit, wie z.B. der Kampf gegen den Klimawandel, wo Dialoge geführt werden, die aber derzeit auch an der Frage von Eigentumsrechten an entsprechenden Technologien scheitern. Dass dies gerade nicht in dem Papier angesprochen wird, zeigt letztlich nur, wie wenig Vertrauen man in die chinesische Seite hat, solche Technologien und die damit verbundenen Rechte zu achten. Das Dilemma, einerseits die heimische Industrie im Umwelttechnologiebereich gut platziert zu haben, aber andererseits diese Industrierechte gegen den Klimawandel, den China mit verursacht, abzuwägen, wird offensichtlich.



*Moralphilosoph Konfuzius*

Innerhalb der Überschrift der „Nachhaltigen Entwicklung“ wird auch die Kooperation im internationalen Rahmen angesprochen, in der die EU, quasi als Beispiel Afrika ein zweites Mal prominent in den Vordergrund schiebt. Afrika wird hier als Stellvertreter für alle Bereiche weltweiter Unterentwicklung gesehen, die man aus der Sicht der EU gemeinsam angehen muss. Dabei ist die Einschätzung des chinesischen Verhaltens in COM 631 als Negativ-Folie herauszulesen:

- China verschließt sich einem offenen Dialog über die Folgen seines Engagements in Afrika;
- China konterkariert die regionalen Ansätze zur Bildung demokratischer Strukturen in Afrika;
- China ist nicht integriert in die „internationalen Bemühungen“ zur Koordination der Afrika-Entwicklungshilfe.

Mithin beklagt die EU hier nicht nur das Engagement in Afrika, sondern ganz allgemein die verhaltene Bereitschaft Chinas, seine Entwicklungspolitik zur Debatte zu stellen.

Nachhaltige Entwicklung und ein Potential für eine bessere Koordination wird auch mit Bezug auf die Ökonomie gesehen, wobei hier die Kommission durchaus den Willen der chinesischen Seite sieht, Probleme, wie z.B. die sich weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich oder die Frage der alternden Bevölkerung, anzugehen. In anderen Bereichen der Ökonomie sieht man deutlich andere Akzente und der Wirtschaftspolitik als einem der Kernstücke des Verhältnisses zu China wird entsprechend mehr Platz eingeräumt. Interessant sind hier weniger die zu erwartenden Punkte, wie die Forderung nach einem offenen chinesischen Markt und der Achtung von Eigentumsrechten sowie der in Aussicht gestellten bevorzugten Förderung von Unternehmen, die mit China Handel treiben wollen, als vielmehr die zugrunde liegende Analyse, die im separaten Papier COM 632 aufgeführt ist. Standortverlegungen europäischer Firmen nach China sind dort als ein „limited phenomenon“ bezeichnet und der Wegfall ganzer Industrien im „low value-added“ Bereich in Europa als Anpassungsprozess an den Weltmarkt. Letztlich kommt man in Brüssel zu dem Schluss, dass Europa (als Ganzes, müsste hinzugefügt werden) mehr von dem Aufstieg Chinas zur globalen Wirtschaftsmacht profitiert, als dass es in einzelnen Bereichen verliert.<sup>28</sup> Dennoch wird erkennbar, dass man bei aller Freude über gefüllte Konzernkassen die wirtschaftliche Entwicklung in China durchaus noch als verbesserungsbedürftig für europäische Firmen erachtet: zu offensichtlich erscheint der chinesische Protektionismus und die Missachtung europäischer Patentrechte. Die Kommission macht sich

hier die Interessen bestimmter Länder der EU zu Eigen. Viele Kernfragen in ein separates Papier auszulagern trägt der Komplexität Rechnung, verschiebt aber auch die Wahrnehmung der Prioritäten zugunsten politischer Ambitionen wie „nachhaltiger Entwicklung“ und „plurale Gesellschaft“. Im Hauptpapier trägt man in kurzen Unterpunkten die Ansätze der umfangreichen Wirtschaftspolitik der EU zusammen:

- mehr Offenheit und „fairer“ Wettbewerb in China (im Gegenzug baut die EU Handelshemmnisse ab);
- Schaffen gleicher Bedingungen: Abbau von staatlichen Subventionen, Einhaltung von Patentrechten, Ende des erzwungenen Technologietransfers, Reform des Bankenwesens;
- Unterstützung europäischer mittelständischer Firmen im China-Engagement (gleichzeitig der Zwang für diese zum Einhalten von Arbeitsschutzrichtlinien, gezielter Schutz von Rechten geistigen Eigentums, Eröffnung eines Hilfscenters in Beijing);
- „Defend the EU’s interests: dialogue first“. Weitere Gespräche zur Lösung spezifischer Probleme mit China - aber notfalls auch Klagen bei der WTO;
- und die allgemeine Stärkung der Partnerschaft im Welthandel.

Hierbei ist die Stärkung bilateraler Kooperation zwischen der EU und China ein wesentlicher Punkt. Man mahnt hierzu unter anderem Kooperation im Bereich der Migration von Chinesen nach Europa an, die Elemente wie Austausch von Personal und Informationsaustausch biometrischer Technologien enthält - hohe Aufgaben, die die EU selbst nur mit Rückgriff auf die Mitgliedsstaaten realisieren kann. Kernpunkte vieler hier aufgeführter Punkte ist die Errichtung verschiedenster formalisierter Dialoge und Institutionen, die zum Teil bereits zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten und China existieren. Wiederum lässt sich der Versuch ausmachen, zusammenfassend tätig zu werden - inwieweit damit dann allerdings noch Einflussmöglichkeiten demokratischer Institutionen in den europäischen Ländern erhalten bleiben, bleibt abzuwarten. Dies gilt letztlich besonders für den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, auf dem sich die EU zusehends als Akteur sieht und entsprechend Konsultationen anregt, die über die Beziehungen der Mitgliedsstaaten hinausgehen. Ein äußeres Zeichen dieser Bemühung ist z.B., dass der derzeitige Vertreter im schon seit 25 Jahren bestehenden Büro der EU in China seine Gleichbehandlung als „Botschafter“ durchgesetzt hat. Die Kommission kommt auch dem von chinesischer Seite geäußerten Wunsch entgegen, das Waffenembargo aufzuheben, welches 1989 an-

gesichts der brutalen Niederschlagung der Studentenbewegung in Beijing von der EU verhängt wurde. Die Niederschlagung wird als „events in Tiananmen Square“ herabgesetzt und die (natürlich nicht näher definierte) Verbesserung der Menschenrechtssituation in China und eine höhere Transparenz der chinesischen Militärausgaben als Kriterien genannt. Zukünftige Ratspräsidenten erhalten explizit den Auftrag, diese Aufhebung als Thema zu behandeln.

Insgesamt sticht in COM 631 im Vergleich zum chinesischen Papier nicht nur der andere Stil heraus. China ist nur vermittelt mit dieser Kommunikation adressiert und doch sind die Signale in die Richtung eindeutig. Hier und da wird eine Aussage auch von einer kurzen Analyse begleitet, die kurz zu umschreiben sucht, was das eigentliche Problem darstellt - Konflikte werden so aber auch nur zum Teil direkt benannt. Das Papier spiegelt gegenüber früheren Papieren der Kommission den Eindruck der Ernüchterung wider: viele Hoffnungen (auch wirtschaftliche) haben sich letztlich nicht in dem Maße erfüllt, wie man sich das vielleicht 2003 noch erhofft hatte.

Für China ist die EU in erster Linie ein Handelspartner, der die auf Export ausgerichtete Wirtschaftsstrategie Chinas stützt und überdies ein Lieferant für aktuelle Technologien darstellt. Für die EU ist China ein brillanter Absatzmarkt für Maschinen und die Gelegenheit Güter zu günstigen Preisen für den heimischen Markt produzieren zu lassen - und vielleicht sogar ein zukünftiger Absatzmarkt für Produkte, die man dort im Land produzieren lässt. Eine strategische Partnerschaft zwischen beiden, so wird aber auch deutlich, ergibt sich daraus noch längst nicht für weitere Bereiche. Europa sieht China als Störenfried in Afrika - und China begreift die EU noch längst nicht als Partner, mit dem man über sicherheitspolitische Themen in Zentralasien oder Ostasien dringend reden müsste. Die zaghafte Versuche, Energiesicherheit anzusprechen, sind bisher von Frustration gekennzeichnet - von der Umwelt- und Menschenrechtspolitik ganz zu schweigen.

### **Themenfelder mit Konfliktpotential: Galileo und der Transfer von Waffentechnologie**

Der Ansatz der EU stand und steht unter dem Motto des „constructive engagement“ - China über Dialog und Selbstverpflichtungen in die internationale Politik einzubinden und über diesen Hebel auf seine Politik einzuwirken. Die Abgrenzung gegenüber der von der US-amerikanischen Administration bevorzugten Politik des „containments“, des „in-Schach-haltens“, wird hierbei überdeutlich. Letztlich ist es aber das transatlantische Verhältnis, welches auch immer wie-

der Grenzen des „Einbindens“ deutlich macht. Mit der Erklärung einer strategischen Partnerschaft zwischen China und der EU wurde 2003 in Aussicht gestellt, das Embargo aufzuheben und China überdies am „friedlichen/zivilen“<sup>29</sup> europäischen Galileo-Satelliten-System zu beteiligen. Die US-Administration hat scharf auf die Diskussionen über die Aufhebung des 1989 von der EU verhängten Waffenembargos reagiert und den Europäern nicht nur den Ausverkauf eigener Werte vorgeworfen, sondern ebenfalls die Gefährdung der Weltsicherheit - aus Sicht Washingtons gilt es, den technologischen Vorsprung des Westens in der Waffentechnik möglichst lange aufrecht zu erhalten und strategisch zu nutzen (s.u.).

Das Embargo gegen China ist angesichts der brutalen Niederschlagung der Studentendemonstrationen 1989 in Effekt gesetzt worden und hat, wie oben beschrieben, die Beziehungen zwischen China und der EU beeinträchtigt. 2003 ist es allerdings wiederum in die Debatte geraten. Frankreichs damaliger Präsident Chirac hatte es als „überkommen“ bezeichnet und Kanzler Schröder war in Beijing im selben Jahr der Auffassung, man möge es doch endlich abschaffen. Diesen Aussagen folgte eine lange Reihe von Beipflichtungen durch andere Staaten der EU, bis sich verhaltener Widerspruch Gehör verschaffte. Der damalige EU-Außenbeauftragte und ehemalige Gouverneur von Hongkong Chris Patten brachte es zum Ende des Jahres 2004 auf den Punkt, indem er die Aufhebung des Embargos an eine positivere Menschenrechtsbilanz Beijings geknüpft sehen wollte. Entsprechend aufgeladene Diskussionen und zwei eindeutige Entscheidungen des europäischen Parlaments führten schließlich dazu, dass das Thema von der „offiziellen“ Agenda wieder verschwand.

Die Befürworter der Aufhebung argumentieren, dass es nur eine symbolische Geste sei, sich vom Embargo zu verabschieden, da der 1998 eingesetzt EU *Code of Conduct* bezüglich Waffenexporten überarbeitet werde und somit ein Kontrollinstrument gegenüber China verbleiben würde. Zudem decke das Embargo das Feld nur unspezifisch (vor allem im *Dual-Use-Bereich*) ab, was einzelnen Mitgliedsländern bisher auch schon die Möglichkeit gegeben habe, es zu umgehen. Die Statistik, die in jährlicher Folge über den *Code of Conduct* berichtet, spricht tatsächlich eine deutlichere Sprache: Waffenverkäufe und Verkäufe von militärisch zu verwendendem Material nach China sind gang und gäbe - Embargo hin, Code her. Allen voran verkaufen Frankreich und das Vereinigte Königreich Material nach China. In der Tat kann man sich darüber streiten, ob es effektiver ist, ein Instrument (*Code of Conduct*) konsequent umzusetzen, als über zwei halb-

herzige Geschichten hinwegzugehen - wenn es denn wirklich gewollt ist, Klarheit zu schaffen.

„When analysing the 2001-2003 EU data on approved licences for selling for military equipment to China, it becomes more than obvious that the arms embargo is ineffective and inefficient and there is no sense in discussing the issue, as long as it is not adequately enforced.“<sup>30</sup>

Die moralische Keule *Waffenembargo* ist dennoch zu einem Problem für die europäische Industrie geworden und damit wiederum zum Gegenstand nationaler Politik: die großen europäischen Rüstungskonzerne aus Frankreich, Deutschland und Großbritannien würden gerne den Handel mit China auf das Gebiet der Militärtechnik ausdehnen und vertiefen. Dabei geht es nicht einmal direkt um Waffen, wie Nicola Casarini vom EU Institut für Sicherheitsstudien (ISS) analysiert. Nach ihren Untersuchungen leiden die Europäer darunter - oder besser: die Europäischen Konzerne leiden unter den wirtschaftlichen Auswirkungen des Embargos, wohingegen die amerikanischen Firmen sich auf eine Nachfrage im eigenen Land berufen können, von der sie mehr als gut leben. Die Aufhebung würde, so die Annahme, wahrscheinlich gar nicht zu erhöhten Waffenverkäufen führen, wohl aber zu ansteigenden Verkäufen von „Zubehör“:

„Nevertheless, Europe might be able to sell components or subsystems that could greatly contribute to the modernisation of the PLA and fill critical technology gaps, particularly in such areas as command and control, communications, or sensors. In sum, EU arms producers will profit from the lifting of the arms embargo, since it would open the way to arms sales from China's procurement budget, the second fastest-growing such budget in the world after that of the US.“<sup>31</sup>

In diesem Zusammenhang ist die Frage des Transfers strategischer Technologien zentral. Das prominenteste Beispiel hierfür wiederum ist das europäische Satellitensystem Galileo, über dessen zusätzlich militärische Nutzung bereits entschieden ist. Casarini geht davon aus, dass die Beteiligung Chinas am Galileo-System eine logische Konsequenz des konstruktiven Engagements der EU mit China darstelle und gleichzeitig die Differenzen der europäischen Seite zu den US-amerikanischen Vorstellungen über die Nutzung des Weltraums deutlich mache. Demnach sei die EU-Position vor allem auf eine friedliche ökonomische Nutzung des Weltraums aus, wohingegen die US-amerikanische Regierung hier ein Feld sehe, in dem es den eigenen technologischen Vorsprung zu wahren gälte:

„Thus, while the US concentrates on using space to provide America and its allies with an asymmetric military advantage, the EU is more concerned with creating useful - i.e. commercial - space applications for the peoples of Europe and European industries.“<sup>32</sup>

Im Einklang mit der Position der EU-Kommission argumentiert die Autorin, dass der Einstieg Chinas in das Galileo-System auch nicht dazu gedacht sei, die US-Amerikaner zu brüskieren oder ein „Gegengewicht“ zu schaffen - schon gar nicht im Bereich militärischer Nutzung. Die US-amerikanische Seite ihrerseits hat unmissverständlich deutlich gemacht, dass die Freigabe der Europäer mit Spitzentechnologie das technisch manifestierte Machtverhältnis im Pazifik unterminiere. China würde demnach in die Position versetzt werden, den Schutz Taiwans zu nullifizieren und damit die Voraussetzungen für eine militärische Lösung der Taiwanfrage zu schaffen. Neueste Satellitentechnik würde es China konkret ermöglichen, das TMD-System (Theater-Missile-Defense), welches Taiwan teuer in den USA erstanden hat, zu umgehen. Dies stellt die Dominanz der USA im Pazifik insgesamt in Frage. Auch wenn man die skeptische US-amerikanische Sicht auf die Aufrüstung in China nicht teilt, so wird doch zumindest deutlich, dass die EU und die EU-Mitgliedsländer wenig Bezug zu strategischen Fragen in Ostasien selbst haben und ihrem eigenen Wirtschaftsprogramm und dem „Wohlergehen“ ihrer Rüstungskonzerne demgegenüber Priorität einräumen.<sup>33</sup>

Aber auch aus dieser Logik der Priorität des Verkaufens lässt sich gegen die Aufhebung des Embargos und Technologietransfers argumentieren. Carsten Klenke (SWP) findet weniger ein negatives Element darin, durch die Aufhebung des Embargos die Sicherheitsbalance in Ostasien zu verändern, sondern warnt mit Verweis auf Erfahrungen aus dem Schiffsbau davor, dies zu tun. China, so seine Wahrnehmung, würde die importierten Technologien innerhalb kürzester Zeit reproduzieren und seinerseits mit billigeren Produkten auf den Weltmarkt drängen.<sup>34</sup>

Die Abschaffung des Embargos ist auch weiterhin auf der chinesischen Agenda und Beijing wird die EU-Kommission in schöner Regelmäßigkeit daran erinnern. Die EU wird diesem Drängen auch schließlich nachgeben - es ist dabei weniger eine Frage der Zeit, als eine der „Form“. Die europäische Politik ringt mit einer Formulierung, die das transatlantische Verhältnis nicht zu sehr strapaziert und gleichzeitig in den nationalen Parlamenten eine Mehrheit finden kann. Zu befürchten steht in jedem Fall, dass der Waffenhandel auch ohne Aufhebung weiter intensiviert wird

und damit das „Werkzeug“ Embargo zur Farce verkommt.

### **Themenfeld mit Konfliktpotential: Entwicklungspolitik - Beijing Modell gegen Westliches Modell**

Chinas Ambitionen in Afrika wurden bereits oben mit Bezug zum europäischen Policy-Paper angesprochen. Aus der Sicht der Europäer drängt China nach Afrika und zerstört die „Früchte“ europäischer Entwicklungspolitik, die die afrikanischen Staaten in neoliberale Restrukturierungsprogramme und zu Zugeständnissen in punkto Demokratisierung und Einhaltung von Menschenrechten gezwungen hat.

Die Armutsbekämpfung auf dem Kontinent sei demnach mit den Chinesen als zusätzlichem Akteur schwieriger geworden, weil einige afrikanische Staaten lieber einen Kredit mit wenigen Konditionen in China aufnehmen, als ihn in Europa teuer mit politischen Zugeständnissen zu erkaufen.

Die Chinesen widersprechen dieser Sicht vehement: sie bewerben sich wie alle anderen um staatliche Projekte auf dem afrikanischen Kontinent und investieren in Gebiete, in die seit Jahren kein Euro oder Dollar geflossen ist. Sie helfen afrikanischen Staaten Bodenschätze auszubeuten, die den Europäern vormals nicht lukrativ erschienen und sie tragen mit umfangreichen Bildungsprogrammen dazu bei, dass sich das Bildungsniveau in Afrika hebt. Und überhaupt machen sie das eigentlich schon immer!

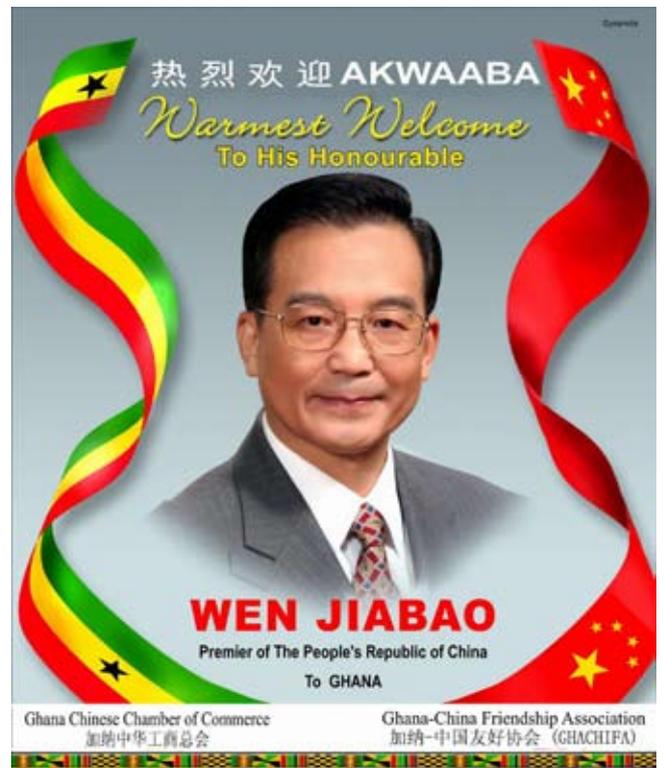
So überspitzt das eine, so blauäugig das andere, alle haben recht. Chinas Entwicklungspolitik in Afrika ist nicht eine Erfindung Hu Jintaos oder irgendeines aktuellen chinesischen Politikers: seit den 60er Jahren ist es in Afrika und in der arabischen Welt aktiv.<sup>35</sup> Viele tausend Eisenbahnkilometer gehen auf chinesische Entwicklungshilfe zurück - und Programme für afrikanische Studenten, die für mehrere Jahre nach China zum studieren gehen, existieren ebenfalls länger als nur ein paar Jahre. Mithin ist in nicht wenigen afrikanischen Ländern eine Elite an der Macht, die ihre Bildung in China genossen hat.

Umgekehrt ist die europäische Entwicklungspolitik kein „selbstloses Hilfsprojekt“, sondern zielt ebenfalls auf ökonomische Zugeständnisse lokaler Regime. In dem Maße, in dem für europäische Unternehmen keine direkten wirtschaftlichen Interessen in einem afrikanischen Land bestanden, floss auch Hilfe spärlich. Die direkten Auswirkungen chinesischer Politik in Afrika sind letztlich einer genaueren Betrachtung wert, als sie hier geleistet werden kann<sup>36</sup> - aber es zeigen sich Auswirkungen, die über die „Stützung repressiver Regime und Diktatoren“ hinausgehen und zum Teil vor allem europäische Wirtschaftsinteressen

in Afrika beeinträchtigen. Das chinesische Engagement wirkt sich jedoch auch auf die Ökonomien in Afrika aus - teils positiv, teils deutlich negativ. Chinesische Kredite und Entwicklungshilfe-Projekte umfassen in vielen Fällen größere Infrastrukturmaßnahmen, die wiederum von chinesischen Vertragspartnern erfüllt werden. Das heißt, dass der gewährte Kredit, die gewährte Hilfe, zu einem nicht geringen Teil wieder in chinesische Kassen zurückfließt - eine übrigens durchaus übliche Praxis auch bei westlicher Entwicklungshilfe. So entstehen Straßen, Eisenbahnlinien, Staudämme und Kraftwerke - positive Elemente, die lokale Ökonomien unterstützen können. An zum Teil fragwürdigen Projekten werden aber auch Regierungszentralen im Prunkstil, protzige Vorzeigestraßen als Hinführung und üppige Stadien zur Selbstdarstellung gebaut.<sup>37</sup> Tausende chinesische Arbeiter<sup>38</sup>, die mit ihren Firmen diese Projekte im Land umsetzen, bringen neue Bedürfnisse mit ins Land, die sie gleich selbst mit erfüllen: chinesische Klinken, Läden und Restaurants befriedigen eine spezifische Nachfrage und bilden bei dem langjährigen Engagement eine parallele Gesellschaft aus. Insofern fließen die Löhne chinesischer Arbeiter nur bedingt in die lokale Ökonomie, vielmehr in die chinesische. Soziale Spannungen sind die Folge dieser Entwicklung.

Einen weiteren Kritikpunkt bildet der geringe Arbeitsschutz, der in chinesischen Produktionsstätten anzutreffen ist.<sup>39</sup> Die hier für spezifische Aufgaben eingestellten afrikanischen Arbeitskräfte arbeiten zu Bedingungen, die zum Teil unter den im Gesetz verankerten liegen - bei gleichzeitiger unzureichender Absicherung im Krankheits- bzw. Verletzungsfall führt eine Verletzung zum Verlust von Arbeitsplatz und damit dem persönlichen Ruin. In den letzten Jahren hat es aus diesen Gründen wiederholt Verschleppungen chinesischer Arbeiter gegeben, um die Firmen zu Ausgleichszahlungen zu bewegen. Mit chinesischen Arbeitern und Firmen kommen auch chinesische Produkte auf den afrikanischen Markt und befriedigen einerseits aktuelle Bedürfnisse in den Mangelwirtschaften einiger Länder, andererseits zerstören sie auch die Ansätze der Entwicklung eigener Industrien in den Staaten. So leidet besonders die Textilindustrie in Afrika unter chinesischen Importen.<sup>40</sup>

Schließlich, und dies ist vor allem ein Vorwurf westlicher Staaten, scheint es China egal zu sein, wie viel der geleisteten Hilfeleistung beim „Ziel“ ankommt - die chinesischen Standards bezüglich der Akzeptanz der Klientelwirtschaft in den Ländern scheinen sehr niedrig zu liegen. Westliche Hilfe, die dem Anspruch nach nur vergeben wird, wenn sicher gestellt ist, dass sie auch in großem Umfang am Ziel ankommt und



Plakat aus Ghana zum Besuch Wen Jiabaos 2007

nicht in privaten Kassen der Herrscherelite versickert, wirkt hier „effektiver“. Die chinesischen Kredite versorgen somit häufig die herrschenden Eliten mit frischem Geld, die ihre eigenen Machtansprüche über Klientelwesen absichern können. Verschärft ist dieser westliche Vorwurf bei Krediten und Geschenken Chinas an repressive Regime und Diktaturen, deren Menschenrechtsbilanz verheerend ist und von denen zu befürchten steht, dass die Hilfeleistungen ausschließlich das Überleben der jeweiligen Regime absichert. Beijing reagiert auf diesen Vorwurf am liebsten überhaupt nicht und verweist wenn auf seine Politik der „Nichteinmischung“.

### **Modell und Rohstoffsicherheit**

Hier geht es letztlich um zwei auch trennbare Komplexe. China ist mit seiner Entwicklungsstrategie erfolgreich und fungiert (gewollt oder ungewollt) als „Vorbild“ für andere Entwicklungsgesellschaften. Andererseits geht es (wieder einmal) um den Zugriff auf Rohstoffe, den China mit seiner Entwicklungspolitik abzusichern gedenkt.

Chinas Entwicklungsmodell orientiert sich nicht am westlichen Neoliberalismus, das an die heilende Wirkung der frei spielenden Marktkräfte glaubt, sondern es empfiehlt einen gesteuerten Markt, der durch selektiven Protektionismus erlaubt, Branchen zu schützen und (export-orientiert und unter Ausnutzung von Kostenvorteilen) zu entwickeln. Die starke Rolle, die der Staat in diesem Modell spielt, macht es besonders auch für repressive Regime interessant, die über

einen solchen Hebel ihre Klientel befriedigen und den sozialen Frieden länger erhalten können. Da das Modell einen ökonomischen „Fortschritt“ verspricht, kann zudem dem Vorwurf einer Stagnation zugunsten der persönlichen Interessen der Elite widersprochen werden. Das von der EU und seinen Mitgliedstaaten bevorzugte neoliberale Modell beinhaltet zudem aus der Sicht der afrikanischen und anderer Eliten in Entwicklungsländern den Beigeschmack eines durch internationale Konzerne ausgenutzten „Ausverkaufs“ potentieller Ressourcen und der politischen Gängelung. Chinas Position, sich (vordergründig) nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, muss hier einfach anziehender wirken.

Die rohstoffreichen Länder Afrikas sehen sich so erstmals seit dem Ende des Kalten Krieges mit einer Alternative konfrontiert, die dem westlichen Hunger nach Rohstoffen, der mit einem gewissen „Ausbeutungskonsens“ einhergegangen ist, etwas entgegenstellt. Waren sich die westlichen Länder bisher einig darin, wann welche Ressource von wo gebraucht wurde, so ist mit dem zusätzlichen Akteur China ein Konkurrent auf den Plan getreten, der (noch) nicht in dieses Schema integriert ist. Afrika, so kann man heute behaupten, hat durch das Auftreten Chinas und auch Indiens an Verhandlungsmacht gewonnen.

Die Volksrepublik deckt einen großen Teil seines steigenden Ölbedarfs in Afrika (derzeit knapp 24%), wie es auch andere Rohstoffe aus dem Kontinent bezieht. Chinesische Bergbauunternehmen, Ölkonzerne und Unternehmen der Agrarwirtschaft sind in den verschiedensten Ländern Afrikas aktiv. Derzeit geht man von ca. 1000 größeren chinesischen Unternehmen aus, die in Afrika tätig sind und China damit auf Platz drei der internationalen Investoren hieven. Mit einer Investitionssumme von 29 Milliarden USD liegt die Volksrepublik zwar noch hinter den USA und Frankreich, aber bereits vor anderen Investoren aus der EU.

Spätestens hier wird deutlich, dass die Konflikte mit der EU sich nicht nur in einem gemeinsamen Afrikkarbeitskreis lösen lassen. Chinas ökonomische Interessen in Afrika gehen weit über die vordergründige Entwicklungspolitik hinaus. Allerdings wird hier auch von chinesischer Seite Bewegung gewünscht - auch Beijing stellt fest, dass sein Engagement nicht folgenlos ist. Die in einzelnen afrikanischen Staaten durch die ökonomische Präsenz Chinas verursachten sozialen Probleme wachsen sich zu Widerstand auch gegen Chinesen direkt aus. Deshalb ist die chinesische Regierung dringend darauf angewiesen, ihre Entwicklungspolitik strategisch zu überdenken, um tatsächlich zu einer Absicherung ihrer Interessen in

Afrika zu kommen, die über die Lebensdauer spezifische Regime hinaus geht.

„With its increased investments in pariah countries over the past decade, China has had to devise a more sophisticated approach to protecting its assets and its citizens abroad. It no longer sees providing uncritical and unconditional support to unpopular, and in some cases fragile, regimes as the most effective strategy.“<sup>41</sup>

Ein letzter Aspekt ist das politische Gewicht Afrikas in internationalen Organisationen (vor allem in der UN), das Beijing für sich und seine eigenen Ambitionen in der Weltpolitik einspannen möchte. Die von China verfolgte Politik der Nicht-Einmischung schafft dabei eine Grundlage für Gespräche und politische Unterstützung.

„China ist auch lange nach dem Massaker auf dem Platz des himmlischen Friedens um Verbündete in internationalen Organisationen bemüht, um u.a. den anhaltenden Vorwürfen westlicher Staaten wegen seiner Menschenrechtspolitik besser begegnen zu können und die Politik des ‚Ein-China‘ weiter vertreten zu können.“<sup>42</sup>

So einleuchtend diese Sichtweise auf den ersten Blick erscheinen mag, so irrelevant ist sie letztlich: das Selbstbewusstsein der chinesischen Regierung ist längst so weit entwickelt, über Vorwürfe der Menschenrechtsverletzung großzügig hinwegzugehen und die „Ein-China-Politik“ wird faktisch nicht mehr diskutiert.<sup>43</sup> Womit ausdrücklich nicht gemeint ist, dass damit die Taiwan-Frage bereits gelöst ist. Es bemüht sich um die Unterstützung Afrikas mit Hinblick auf eigene ökonomische Interessen im internationalen System, zu denen unter anderem seine Energieinteressen gehören: China versucht sich so weniger aus einer *Isolation* zu befreien, sondern im Gegenteil, westliche Interessen seinerseits innerhalb internationaler Organisationen *zu isolieren*.

### **Themenfeld mit Konfliktpotential: Energiesicherheit - Kampf um Rohstoffe und den vermeintlichen Markt**

Mit Rohstoffen ist nicht nur mit Bezug zu Afrika ein Komplex angesprochen, der Europa in besonderer Weise tangiert und auch die europäische Politik beschäftigt. Noch stärker als die USA deckt Europa seinen Bedarf an Rohstoffen und Energie auf den Weltmärkten und nicht innerhalb der eigenen Grenzen. Zur Absicherung dieser Ansprüche versucht Europa aber nicht nur den Weltmarkt zu gestalten. Europas Regierungen betreiben darüber hinaus durch den gezielten Ausbau ihrer militärischen Fähigkeiten eine Absicherung der Rohstoff-Transportwege nach Eu-

ropa. Regime in den Produktionsländern zu stabilisieren ist somit nur ein Mittel, das letztlich am Ursprungshafen endet. In dem Maße, wie die Sorge über die Sicherheit in die Köpfe der Politiker sickert, gerät der Ausbau der Marinekapazitäten wieder auf die Tagesordnung der Militärplaner.

Hier hat die EU durchaus Gemeinsamkeiten mit der Volksrepublik, die ebenfalls auf funktionierende Handelsrouten angewiesen ist, um den Nachschub an Rohstoffen wie auch den Abtransport der Waren zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund sind die entsprechenden Verweise in den Policy-Papers zu verstehen - als eine gemeinsame Grundlage, um ggf. eine gemeinsame Strategie erarbeiten zu können.

Chinas täglicher Konsum an Öl lag 2005 bei 6,6 Millionen Barrel (USA 2005: 20,8 Millionen Barrel), soll sich aber, so die Vorrausage chinesischer Experten, auf 10 bis 13 Millionen Barrel erhöhen, von denen 60 bis 80% importiert werden müssen.<sup>44</sup> Diese Größenordnung hängt unter anderem damit zusammen, dass nicht klar ist, welche anderen Energieträger sich ausbauen lassen. Chinas Hauptenergiequelle ist derzeit Kohle, von der es noch über erhebliche Reserven selbst verfügt - hier ist das Problem ein ökologisches. Erdgas spielt bisher nur eine nachgeordnete Rolle, doch gibt es auch hier Bestrebungen, einen Ausbau zu forcieren, um die Abhängigkeit von Öl abzubauen. Schließlich ist die Weiterentwicklung der Kernkraft eine Option, die in Beijing sehr viel Zuspruch genießt (s.o.). Erneuerbare Energien (Wind, Sonne, Wasserkraft) werden ebenso diskutiert, doch, so glaubt man in Beijing, die zu realisierenden Steigerungsraten im Ausbau dieser Energieträger reichen nicht aus, um mit dem steigenden Bedarf mit zu halten.

In der augenblicklichen Praxis sieht sich China zu recht von einigen Quellen für Energie bzw. anderen Rohstoffen fern gehalten - auch und gerade von der EU - und weicht auf zweitrangige Ressourcen zum Beispiel in Afrika aus. Aber nicht nur dort: Chinas Engagement greift überall da, wo westliche Nationen sich in ihrem Engagement zurückhalten oder aus Bündnisverpflichtungen zurückhalten müssen: zum Beispiel im Iran und Sudan. Chinas Strategie geht nicht nur dahin, möglichst günstig an Rohstoffe zu kommen, sondern darüber hinaus, nicht von bestimmten Transportrouten, die im Zweifelsfall nicht zu kontrollieren sind, abhängig zu werden. Das Stichwort heißt hier Diversifizierung - einen möglichst ökonomischen Mix unterschiedlicher Quellen entwickeln, der Stabilität garantiert. Im Bereich der Energie- und Rohstoffpolitik heißt dies auf mehrere unterschiedliche Optionen zu setzen, die jeweils auch ihre Fehler haben können:

Z.B. via Pipeline/Eisenbahn:

- Gas aus Sibirien bzw. von Sachalin durch zum Teil unsicheres, weil politisch umstrittenes Gelände;
- Gas aus den zentralasiatischen Staaten (bis zum Kaspische Meer);
- Öl aus Sibirien, aber auch aus dem Iran und damit der Golfregion;
- weitere Rohstoffe aus Russland oder den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Z.B. via Tankertransport/Meertransport durch die Straße von Malakka oder über den Pazifik

- Öl und andere Rohstoffe aus unterschiedlichen Ländern Afrikas;
- Öl aus der Golfregion;
- Öl aus den südostasiatischen Förderländern;
- Rohstoffe aus Südamerika;
- selbst gefördertes Öl/Gas aus dem südchinesischen Meer bzw. im Seegrenzgebiet zu Japan (Diaoyu/Senkaku).

Chinas Ölimporte 2005 <sup>45</sup> und 2006 <sup>46</sup>		
Region/Land	Prozent	Prozent
<b>Mittlerer Osten</b>	<b>45 %</b>	<b>39 %</b>
Saudi Arabien	18 %	
Iran	13 %	
Oman	9 %	
Jemen	5 %	
<b>Afrika</b>	<b>26 %</b>	<b>24 %</b>
Angola	14 %	
Sudan	5 %	
Kongo	4 %	
Äquatorial Guinea	3 %	
<b>Sonstige</b>	<b>29 %</b>	<b>37 %</b>
Russland	10 %	12 %
Indonesien/Südostasien	3 %	11 %
Sonstige	16 %	14 %

Chinas Vertrauen in den von westlichen Firmen dominierten „Markt“ ist nicht sonderlich ausgeprägt, weshalb es in der Vergangenheit vielfach dazu übergegangen ist, Konzessionen und Exklusivverträge abzuschließen, die es ihm ermöglichen, unabhängig vom Weltmarkt Energieressourcen zu beziehen.<sup>47</sup> Dieses Vorgehen wurde im Westen und besonders auch in Europa als aggressive Missachtung gängiger Marktregeln aufgefasst<sup>48</sup> - obwohl sie es mit verursachen:

„Chinese energy officials would no doubt like to obtain a foothold in these areas [Caspian Sea, Middle East], but have often been frustrated by the well-entrenched presence of these competing [western] firms. For example, when CNOOC [Chinese National Offshore Oil Company] and

Sinopec jointly sought to purchase a one-sixth stake in the consortium developing the large Kashagan reservoir in Kazakhstan's sector of the Caspian Sea, the original members of the consortium, including Exxon-Mobile, Royal Dutch/Shell, and Conoco-Philips, exercised their 'right of first refusal' to exclude the Chinese firms and acquire the stake for themselves.<sup>49</sup>

Indien, so wäre zu erinnern, ist hier immer mit im Boot: sein Bedarf an Energie und Rohstoffen ist ebenfalls nicht niedriger anzusetzen, womit ein weiterer Akteur auf den Plan tritt, der geografisch ebenso „eingeschränkt“ agieren muss. Für beide ist Zentralasien eine der wichtigen Optionen und für beide liegt die Golfregion näher, als zum Beispiel Südamerika. Und, ebenso wichtig: beide Atommächte sind in ihrer „Projektionsfähigkeit“ eingeschränkt, d.h. nicht selbst in der Lage, Transportwege und Exportwege abzusichern. Nach eigenen Aussagen sehen sich China und Indien als strategische Partner in Energiefragen und kooperieren inzwischen bei einer ganzen Reihe von Projekten (z.B. beim Kauf einer kolumbianischen Ölfirma oder in der Erschließung eines syrischen Ölfeldes).

Dies im Hintergrund, gestaltet sich der Anspruch „Belt and Road“<sup>50</sup> als eine der wichtigsten Ideen, die Europa gezwungen ist zu verfolgen. Wenn China sich an die „Spielregeln“ des Marktes anpassen soll, so bedarf es auch eines Platzes für China am Verhandlungstisch um die Verwertung von Ressourcen.<sup>51</sup>

Das jenseits des Ural gelagerte Öl und Gas ist letztlich ein gutes Beispiel für die Komplexität einer europäischen Position und zeigt zudem auf, wie chinesische Optionen sich gestalten. Die Öl- und Gasvorkommen Russlands sind von vielen begehrt und in Europa, zumal als klassischer Verbraucher, vergisst man gern, dass das europäische Russland ein asiatisches Ende hat, wo man ebenfalls an den Ressourcen interessiert ist.<sup>52</sup> Sowohl China, wie aber auch (Süd-)Korea und Japan, haben Interessen an den in ihrer geografischen Nähe gelagerten Vorkommen und drängen Russland auf eine schlüssige Lösung von Abbau- und Transportkonditionen. Pipeline-Pläne gibt es zuhauf und auch am Bedarf mangelt es nicht - nicht einmal am Geld - und doch werden sie nicht unbedingt umgesetzt.<sup>53</sup>

### **Themenfeld mit Konfliktpotential: Zentralasien als strategisches Aufmarschfeld - Russland**

Als 1996 die Shanghai Cooperation Organization (SCO) als „Shanghai Five“ gegründet wurde, war vor allem ein Signal in Richtung Westen gesetzt, Zentralasien nicht als Einflussphäre europäisch-amerikanischer Politik überlassen zu wollen. Die SCO, der

heute neben China und Russland, die zentralasiatischen Republiken Kirgisien, Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan<sup>54</sup> angehören, wurde als blutleeres Konstrukt eingeschätzt, das erst noch ein Profil entwickeln müsse. Zu ungenau waren die Aufgaben und Ziele der Vereinigung umschrieben. Inzwischen, und nicht zuletzt unter dem Eindruck einer neuen Qualität im internationalen Terrorismus, hat sich dies geändert. In der Nachfolge der Anschläge in New York begann man in Zentralasien umzudenken und ließ unter anderem die USA in einzelnen Staaten „vorübergehend“ Militärstützpunkte errichten, um den Krieg in Afghanistan führen zu können. Nun, fünf Jahre später, denken die Länder offen darüber nach, dass es an der Zeit ist, diese Einrichtungen wieder aufzulösen<sup>55</sup> und die Sicherheit der Region in die eigenen (vor allem russischen und chinesischen) Hände zu nehmen. In der Tat ist es der SCO gelungen, ihre Länder vor der Tendenz der Instabilität zu bewahren.<sup>56</sup> Dass sie hierfür den „Krieg gegen den Terror“ als Vorwand genommen haben, um separatistische Bewegungen in ihren eigenen Ländern massiv zu unterdrücken, braucht kaum erwähnt zu werden. Im August 2007 fanden unter dem Titel „Peace Mission 2007“ erstmals in größerem Umfang gemeinsame Manöver zur Terrorabwehr im Ural statt<sup>57</sup> - ein deutliches Signal, dass sich die sicherheitspolitischen Friktionen zwischen Moskau und Beijing aufzulösen beginnen.<sup>58</sup>

Dass die SCO sich im Zuge der Koalition gegen den Terror als Sicherheitsvereinigung weiter entwickelt und diese Entwicklung seither eine eigene Dynamik erlebt, mag vor dem Hintergrund des Ungleichgewichts zweier Riesenstaaten und den kleinen Partnern überraschen - erhält aber angesichts der Situation in Zentralasien weitere Facetten. Die Entwicklung geht inzwischen einher mit ökonomischen Maßnahmen (vor allem Seitens Chinas), die kleineren Staaten bewusst in die chinesische Wirtschaft einzubinden: als Transitfläche Richtung Europa sind sie zentral.

Inzwischen ist die SCO so interessant geworden, dass sich fast alle zentralasiatischen Anrainer um den Mitgliedstatus bewerben oder als Beobachter aufnehmen lassen wollen (z.B. auch Indien, Pakistan, Iran und die Mongolei, die bereits als Beobachter in der SCO eingebunden sind). Diese offensichtliche Blockbildung wird von einer Diplomatie begleitet, die bisher das Gegenteil der Blockbildung behauptet. Unter anderem die chinesische Seite wird nicht müde, Europa, Japan und auch die USA zur Kooperation mit der SCO aufzufordern.

„It remains a major challenge for SCO to sort out its relationship with those important players such as the US, EU, and Japan, which are, most likely,

not interested in becoming members or observers of the SCO, but have great potentialities for the cooperation. One way is to establish, aside from the formal members and observers, the model of partner states, modeled after the NATO's partner for Peace. [...] Indeed, Afghanistan has already become a fully active partner of SCO.<sup>59</sup>

China, so wird dabei ebenfalls deutlich, ist immer stärker die gestaltende Kraft innerhalb dieses Bündnisses und an einer Intensivierung der Beziehungen in allen Bereichen interessiert. Dagegen steht die Politik der EU, die zentralasiatischen Staaten außerhalb Russlands aufzuwerten und ihnen mit bilateralen Abkommen eine Alternative hierzu zu bieten. Im Zuge dessen wurde 2005 bereits ein Sonderbeauftragter für die Region ernannt, der den Dialog mit den „relevanten“ Akteuren vertiefen sollte. Dabei sollten vor allem Demokratisierung und Etablierung einer Marktwirtschaft im Zentrum stehen - Werte, die, wie Andrea Schmitz (SWP) feststellt, von den zentralasiatischen Partnern nicht geteilt werden.<sup>60</sup> In gewisser Weise wird von ihr angeregt, sich von dem geostrategischen Politikansatz zu verabschieden und die EU stärker auf kooperative Praktiken einzuschwören. Nicht zuletzt, um die weitere geostrategische Aufwertung der Region und damit eine drohende Destabilisierung der Region abzufangen, die seit 2001 in Ansätzen zu beobachten war. Nicht zuletzt vielleicht auch, weil Europa geostrategisch hier nicht mithalten kann.

### **Themenfeld mit Konfliktpotential: Umweltpolitik und das Ende der Welt**

Auch wenn Chinas Ressourcenverbrauch auf die Anzahl seiner Bevölkerung herunter gebrochen immer noch niedrig ist, so stellt die schiere Masse ein ernst zu nehmendes Problem dar. Chinas Hauptenergieträger Kohle ist von schlechter Qualität und jedes gewonnene Kilowatt wird teuer mit einem hohen Ausstoß von Treibhausgasen und Schwefel erkaufte. In der Folge des wilden Abbaus von Kohle in Nordchina haben sich hier und da Flöze selbst entzündet, womit ganze Landstriche vor sich hin brennen. Diese unterirdischen Feuer sind fast nicht mehr zu löschen und vernichten nicht nur erhebliche Reserven an Kohle, sondern verwandeln die Umgebung in lebensfeindliche Räucherhöhlen. Die nur in geringem Maße umgesetzten Umweltauflagen für die Produktion von Waren verschlechtern die Umweltbilanz zusätzlich, indem Flüsse vergiftet und die Luft verpestet wird. So gibt es seit Jahren in China einen Zuwachs bei umweltbedingten Krankheiten und selbst chinesische Medien kommen nicht umhin, über endlose Ketten von Umwelt- und Lebensmittelskandalen zu berich-

ten. Der Individualverkehr in den Metropolen reduziert den Anteil an sauberer Luft zusätzlich. Und so schön es für europäische, amerikanische und japanische Autokonzerne ist, in China einen gigantischen Markt gefunden zu haben - eine umweltpolitische Maßnahme ist dies sicher nicht. Desgleichen gilt für den Verkauf von Airbus- oder Boeingprodukten. Sarkozys Atomkraftwerks Verkaufsoffensive in Ostasien und Indien ist angesichts des umweltpolitischen Gedränges in der EU sicherlich zweifelhaft einzuschätzen. Hier offenbart sich ein Konflikt zwischen China und der EU in einer ganz anderen Weise.

Das Europäische Argument einer Nachhaltigen Entwicklung und der Verlangsamung des Klimawandels wird gern projiziert auf andere, denen man nach wie vor die eigenen durchaus klimaschädlichen Produkte verkaufen möchte. Der Erhalt der Arbeitsplätze in Europa hat vor jedem Umweltargument Vorrang. Besser noch, das eigentliche Ziel besteht darin, durch den Verkauf von Umwelttechnologien, am Ende noch daran zu verdienen.

Chinas Position ist, wie die vieler Entwicklungsländer, den Westen für seine Verschmutzung der Umwelt in die Pflicht zu nehmen und das Fehlen von Umweltschutzmaßnahmen als Kostenvorteil zu nutzen. Dabei ist die Führung in Beijing keineswegs so blauäugig, die sozialen Folgen der Umweltverschmutzung zu übersehen. Die verschiedensten Programme und Gesetzesinitiativen wurden auf den Weg gebracht und doch hat das Thema innerhalb Chinas nicht die Priorität, dass wirkliche Anstrengungen unternommen werden, es bis in die Untergliederungen durchzusetzen. Unternehmensgewinne und Arbeitsplatzsicherheit gehen auch in China vor den Schutz der Umwelt. Das derzeitige chinesische Regime und auch jedes zukünftige chinesische Regime ist darauf angewiesen, seiner Bevölkerung eine Verbesserung seiner Lebensumstände zu gewährleisten, d.h. heute, mehr Konsum zu ermöglichen. Die Umweltproblematik ist hier noch deutlich nachgeordnet.

Mehr noch, wer zum Beispiel chinesische Pläne zur Behebung des Wasserversorgungsproblems sieht, ist entsetzt von dem technischen Größenwahn, der alles für machbar hält. So wird an einer Pipeline von knapp 12 Metern Durchmesser gebaut, die Wasser aus dem Sanxia/Yangtzi-Stausee über 400 Kilometer nach Norden nach Xi'an pumpt, um den gelben Fluss wieder aufzufüllen. An anderer Stelle wird einem Zufluss des Yangtze Wasser entnommen, um dieses über gut tausend Kilometer nach Beijing zu bringen, wo die Stauseen, die die Wasserversorgung der Hauptstadt sichern, seit Jahren eine negative Wasserbilanz haben. Diese bereits begonnenen Projekte werden aber

noch übertroffen durch ein weiteres, das dem Gelben Meer ganz im Norden Wasser entnimmt und bis in die Wüste Gobi pumpt, wo es verdunstet und die entstehenden Regenwolken weite Landstriche Nordchinas beregnen sollen.<sup>61</sup>

Die Gigantomanie dieser Projekte ist einerseits dem System geschuldet, andererseits weist sie darauf hin, dass die Umweltprobleme Chinas eine Größe angenommen haben, die mit kleinen Maßnahmen nicht mehr behebbar scheinen. Die Verwüstung Nordchinas ist kaum mehr aufzuhalten und die Behebung der Trinkwasserverseuchung im Osten scheitert angesichts eines immer weiter steigenden Bedarfs an Wasser für Industrie und Landwirtschaft. Einschnitte, die hier nötig sind, um den Prozess zumindest zu verlangsamen, sind bisher nicht konsensfähig.

Die EU, als einer der Hauptverschmutzer, ist hier insbesondere gegenüber China in der Pflicht, den Zugang zu Technologien zu ermöglichen, die eine Verbesserung der Umweltsituation ermöglichen. Und sie ist in der Pflicht, europäische Firmen, die in China produzieren lassen, dazu zu zwingen, auch dort mit einem Umweltbewusstsein zu wirtschaften (von anderen sozialrechtlichen Standards ganz zu schweigen). Bisher existieren hierfür jedoch nur Absichtserklärungen der EU-Kommission.

### **Worüber wir noch reden sollten:**

#### **Die Menschenrechtsfrage**

Chinas Menschenrechtsbilanz ist auch im Jahr der Olympiade eine Katastrophe - oder gerade im Jahr der Olympiade. Im Vorfeld zu den Spielen werden

regimekritische Journalisten und Aktivisten in Gewahrsam genommen oder in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Die Bewegungsfreiheit ausländischer Journalisten wird im gleichen Zug erhöht, in dem die ihrer chinesischen Kollegen eingeschränkt wird. Die zentralen und dezentralen Überwachungsmechanismen werden verstärkt, um jedwede organisierte Opposition zu unterbinden. Die Unabhängigkeit der Gerichte ist immer noch nicht hergestellt und so wirken sich die in den letzten drei Jahren gestärkten individuellen Rechte der chinesischen Bürger bisher nicht positiv aus. Die persönlichen Rechte der Chinesen werden nach wie vor im Geflecht von staatlichen und ökonomischen Interessen zerrieben. China hat ein repressives System, das auf den Machterhalt einer breiten Schicht abzielt.

Auch wenn die EU-Kommission diese Einschätzung teilt, sie würde sie nicht unterschreiben wollen. Der „konstruktive Dialog“, in den man China hier einbinden möchte, hat nicht nur die Erwartungen nicht erfüllt<sup>62</sup>, er bleibt weit dahinter zurück. Die Lage der Menschenrechte in China hat seit 1989 keinerlei Fortschritte gemacht. Nicht wenige europäische Regierungen bleiben selbst hinter dem deutschen Beispiel zurück, das Thema bei Konsultationen wenigstens anzusprechen. Zur Linie der EU-Kommission, es bei passenden Gelegenheiten beharrlich anzusprechen und die chinesische Seite zu verbalen Versprechen zu bewegen, gibt es letztlich keine Alternative, außer man verknüpft das Thema mit anderen Zugeständnissen z.B. im beiderseitigen Handel. Womit sich der hier aufgebaute Kreis wieder schließt: das Waffenem-



*Yangtze-Staudam bei Yichang*

bargo und der Technologietransfer sind eben nicht einmal mehr rhetorisch mit der Menschenrechtsfrage verknüpft und der Zusammenhang zwischen dem Embargo und dem Anlass, der zu seiner Verhängung geführt hat, wird immer weiter abgebaut. Es bleibt die Frage, ob man das europäische Engagement in Afrika und in anderen Entwicklungsländern, das sich dem vorgeblichen Anspruch nach an der Durchsetzung fundamentaler Rechte für die dortige Bevölkerung orientiert, gleichsetzen sollte mit dem Engagement in China, wo sich der Regierung solche Verstöße ebenfalls nachweisen lassen. Doppelte Standards sind allenthalben auszumachen.

### Fazit: China als Testfall

Das Verhältnis zur Volksrepublik China ist in vielfacher Hinsicht ein Testfall: nicht nur in ökonomischer Hinsicht, wie das eingangs aufgeführte Zitat aus der EU-Kommission aufzeigt.

Dem europäischen Verbraucher ist es offenbar nicht so zentral, ob die Produkte, die für seinen Konsum bestimmt sind, unter menschenunwürdigen und umweltschädlichen Bedingungen produziert werden und ob die Länder, in denen dies geschieht, sich durch Repression und Rücksichtslosigkeit auszeichnen, Hauptsache, sie sind billig. In diesem Punkt macht es sich die EU-Kommission zur Aufgabe, die ökonomischen Interessen Europas - und wahrscheinlich auch nur „Kerneuropas“ - adäquat zu vertreten. Um das Tun zu können, müssen erst einmal die unterschiedlichen Positionen in Europa unter ein Dach gebracht werden und muss die EU sich China gegenüber als der Ansprechpartner etablieren und Partikularinteressen der Mitgliedstaaten einebnen.

„Um dem Eindruck einer Krise oder Schwäche der EU entgegenzuwirken, ist besonders auf Koordination, Kohärenz und Kontinuität zu achten. In China wird genau beobachtet und analysiert, inwieweit EU-Mitgliedstaaten nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch miteinander konkurrieren und sich als Folge dessen auseinanderdividieren lassen. Größere Kohärenz der europäischen Position setzt voraus, dass Diskussion und Abstimmung über China- bzw. Asienthemen verstärkt *innerhalb* der EU-Mitgliedsstaaten und *vorausschauend* erfolgen.“<sup>63</sup>

Alles, was nicht unmittelbar dem ökonomischen Wohlergehen Europas dient, wird in seiner Konsequenz weiter unten auf die Agenda geschoben. Ein (Test-)Fall, an dem dies besonders deutlich wird, ist die Frage der Menschenrechte. Ein anderer Bereich, bei dem dies zumindest in Erwartung steht, ist der Umweltschutz: lassen sich europäische Gewinninter-

essen damit verbinden, oder nicht; und wer zahlt dies am Ende. Ein weiterer Testfall besteht in der Gestaltung der europäischen Sicherheitspolitik gegenüber China.

Die ökonomische Dimension von Waffenverkäufen wurde angesprochen und auch das sich verändernde Machtgefüge in Ostasien, angesichts des langsam abnehmenden technologischen Vorsprungs des Westens, namentlich der USA. Ist Chinas Aufrüstung ein Grund zur Besorgnis in Europa?

Chinas Aufrüstung über die letzten Jahre (mit einer Steigerung von jährlich um die 17% im Budget) hat Befürchtungen geweckt, Chinas „friedlicher Aufstieg“ werde im Zweifelsfall militärisch abgesichert. Gerade in den USA hat sich eine entsprechende Meinung nahezu durchgesetzt, nachdem ein Krieg mit China unausweichlich ist. Die Angst vor Chinas militärischem Aufstieg, der in die Einnahme Taiwans münden könnte, ist von der VR selbst noch einmal angeheizt worden, als der Volkskongress 2007 ein Anti-Separations-Gesetz verabschiedet hat, das dem Staatsrat mehr oder minder freie Hand gibt, alles zu unternehmen, um dies zu verhindern - militärische Mittel durchaus eingeschlossen. Ein anderer Konflikt, von dem immer wieder angenommen wird, er würde ggf. militärisch gelöst, ist die Zugehörigkeit der Spratly-Inseln, unter denen nicht nur Öl vermutet wird, sondern die es ermöglichen, die Handelsrouten durch das Südchinesische Meer zu kontrollieren. Dabei sind sich ernsthafte Militärplaner durchaus darin einig, dass Chinas momentane militärische Stärke kaum ausreichend ist, Kriege in der unmittelbaren Nachbarschaft erfolgreich führen zu können, geschweige denn die dauerhafte Versorgung eines Stützpunktes in einem der befahrensten Teile des Südchinesischen Meeres zu gewährleisten. So nimmt sich der ehemalige US Army Oberstleutnant Dennis J. Blasko kritisch den jährlichen Pentagon-Bericht zur militärischen Stärke Chinas<sup>64</sup> an und stellt fest, dass viele der darin enthaltenen Feststellungen kaum mit der Realität in Einklang zu bringen sind, sondern offenkundig dazu dienen, ein umso aufgeblaseneres amerikanisches Budget zu rechtfertigen.<sup>65</sup> Die offizielle chinesische Militärdoktrin geht bisher davon aus, dass es das unmittelbare Ziel ist, Chinas Sicherheit und nationale Integrität zu sichern und bis zur Mitte des Jahrhunderts das Ziel erreicht zu haben: „[...] of building informationized armed forces and being capable of winning informationized wars.“<sup>66</sup>

Fakt ist aber auch, wie der Berliner Politologe Eberhard Sandschneider feststellt:

„At the moment, the EU clearly does not have a security perspective on China. [...] A policy of

promoting partnership with China is easily advocated, but difficult to implement when it comes to almost all sensitive issues in international relations. In most cases, there is no solution without China, but China has got its own agenda and is pragmatically, and very strategically, following its own interests. [W]ithout paying much attention to Western criticism.<sup>67</sup>

Die EU-Kommission ist weitaus mehr damit beschäftigt, China in einen Dialog über Wirtschaft einzubinden, als dass sie wirklich Wert auf eine Sicherheitsstrategie mit Bezug zu Ostasien legt. Dies taucht nur vermittelt in zwei Punkten der EU-Seite auf, einerseits im chinesischen Verhalten der Ressourcensicherung, z.B. mit Blick auf Zentralasien, zum anderen mit Blick auf Afrika und Chinas destabilisierenden Einfluss dort. Letztendlich die chinesische Aufrüstung zu unterstützen, ohne zu wissen, welchen Zielen diese dient, ist zu einfach für ein Europa, was sich auf seinen Wertekanon etwas einbildet.

## Anmerkungen

- 1 Europäische Kommission: Global Europe - competing in the world (Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt, Ein Beitrag zur EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung) COM 2006, 4.10.2006, S.12.
- 2 z.B. Frankfurter Rundschau, 22.10.2007.
- 3 Die Ära Mao Zedong reicht in gängigen Darstellung von 1949 bis zu Maos Tod 1976 - eine Zuschreibung, die sämtliche andere Akteure in Partei und Gesellschaft auf Statisten reduziert und damit umfangreiche Diskussionen und gesellschaftlichen Konflikte ausblendet. Zuletzt war es die Führung der kommunistischen Partei selbst, die dies genährt hat: Deng Xiaoping sprach sich und seine Parteigenossen in Teilen von offensichtlichen Fehlern am Kurs bis 1976 frei in dem er davon ausging, dass 80% von Maos Entscheidungen gut gewesen sein und 20% falsch. Der Topos einer Alleinherrschaft ist bei aller differenzierten Forschung zu der Zeit vor 1976 eine immer noch häufig anzutreffende Pauschalisierung. Trauriges Beispiel: Sebastian Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China, Wiesbaden 2002, insbesondere S.20-21.
- 4 Huang Yanzhong, Is the Chinese State Apparatus Being Revamped?, in: T.J. Cheng, J. deLisle, D. Brown (Hg.), China under Hu Jintao, Singapur 2006, S.47-74, insbesondere S.71ff.
- 5 Huang verortet mit Verweis auf eine Weltbank-Studie 98% sämtlicher Kader unterhalb des Provinzlevels, S.68.
- 6 Abwärts der obersten Ebene ist dieses „Privileg“ nur noch über Aushandlungsprozesse durchführbar und so gibt es immer wieder Fälle von Beijing direkt berufenen „Bürgermeistern“ oder Abteilungsleitern auf niederen Ebenen - alle Ebenen legen ihre „Wahllisten“ zur Begutachtung zentral vor und Beijing ändert diese auch in Ausnahmefällen.
- 7 Hier wäre durchaus zu überlegen, ob der von Elsenhans eingeführte Begriff der Staatsklasse neue Aktualität erhält. Hartmut Elsenhans, Zur Theorie und Praxis bürokratischer Entwicklungsgesellschaften, in: H. Körner (Hg.), Analyse von Institutionen im Entwicklungsprozess und in der internationalen Zusammenarbeit, Berlin 1989, S.109-139.
- 8 In der Debatte ist inzwischen sogar eine eigene Behörde für Entwicklungshilfe. Bisher sind grob geschätzt 15 Regierungsstellen sind mit dieser Hilfe betraut. Beijing rethinks foreign aid, The Standard (HK), 8.6.2007.
- 9 Beispiele wie die U-Bahn in Chengdu, die trotz einer internationalen Beteiligung ohne Genehmigung aus Beijing begonnen wurde, finden sich zuhauf.
- 10 Dickson geht davon aus, dass es die Unternehmer, wie auch andere Gruppen, die die Partei zu ko-optieren sucht, bisher nicht geschafft haben, eine eigene Agenda für alle Politikfelder ausgearbeitet zu haben und es vorziehen, sich der Partei-/Staatsagenda anzuschließen. Bruce D. Dickson, Who Does the Party Represent?, in: T.J. Cheng, J. deLisle, D. Brown (Hg.), China under Hu Jintao, Singapur 2006, S.75-96, insbesondere S.96.
- 11 Siehe hierzu Erica Downs, The Brookings Foreign Policy Studies, Energy Security Series: China, 2006, besonders S.21ff. und S.49.
- 12 U.a. Großbritannien, das 1950 einseitig die VR anerkannte.
- 13 Maßgeblicher Ansprechpartner der EU in China ist das Handelsministerium

und nicht das Außenministerium, was von chinesischer Seite gewollt war und in der Diskussion um einen neuen Rahmenvertrag sicherlich einen wichtigen Punkt darstellen wird.

- 14 Eberhard Sandschneider, Chinese diplomatic relations with the States of Europe, in: China Quarterly, 169, März 2002, S.33-44, S.34.
- 15 Susanne Weigelin-Schwiedrzik, Nele Noesselt, Striving for Symmetry in Partnership, in: Weigelin-Schwiedrzik/Schick-Chen/Klotzbücher, As China Meets the World, Wien 2006, S.11-34.
- 16 Auf chinesischer Seite ist es bisher eines aus dem Jahre 2003, auf europäischer Seite gibt es seit 1995 sechs Papiere, das letzte aus dem Jahr 2006.
- 17 Einsehbar: [www.fmprc.gov.cn/eng/wjwb/zjzg/xos/dqzzywt/t27708.htm](http://www.fmprc.gov.cn/eng/wjwb/zjzg/xos/dqzzywt/t27708.htm) - chinesisches: 中国对欧盟政策文件, 13.10.2003.
- 18 Es würde an dieser Stelle zu weit führen, die Etablierung der Konfuziusinstitute im Detail zu diskutieren, doch sollte zumindest darauf hingewiesen werden, dass die Unterstützung von Chinesisch-Unterricht an europäischen Schulen und Hochschulen von der chinesischen Regierung über diese Stelle gefördert wird und eine Vereinheitlichung der Lehrmethoden und -materialien Einzug halten soll - eine kulturpolitisch weitreichende Entscheidung, blendet man mit ihr schließlich chinesische Kultur/Sprache/Geschichte aus Taiwan komplett aus.
- 19 Dies ist ein Feld, in dem bereits eine Kooperation gepflegt wird: es gab Fälle der Befragung von illegalen Chinesen durch Vertreter der chinesischen Botschaft in Räumen der deutschen Polizei. So Befragten wurde zum Teil mit Nachteilen für ihre Familien in China gedroht, sollten sie nicht wieder zurückkehren. Chinesische Migranten kommen zum Teil über kriminelle Strukturen nach Europa.
- 20 Sieht man von den barschen Formulierungen zu Taiwan und Tibet einmal ab.
- 21 Communication from the Commission to the Council and the European Parliament, COM(2006) 631 final, 24.10.2006.
- 22 Commission Working Document, A policy paper on EU-China trade and investment: Competition and Partnership, COM(2006) 632 final, 24.10.2006.
- 23 COM 631, 4. Conclusion.
- 24 COM 631, 3.4. Strengthening bilateral co-operation.
- 25 COM 631, 3.1. Sogar hier verkennt sich die Kommission den Seitenhieb auf die Mitgliedstaaten der EU nicht und mahnt auch hier eine bessere Koordination der Bemühungen an.
- 26 Genannt - und dies unter der Überschrift Forschungskoooperation und nur mit seinem Kürzel - wird ITER ein fünf Milliarden teurer Versuchs-Fusionsreaktor.
- 27 Joint statement of the 10th China-EU Summit, Beijing 28.11.2007, [http://www.eu2007.pt/UE/vEN/Noticias\\_Documentos/20071202CHINA.htm](http://www.eu2007.pt/UE/vEN/Noticias_Documentos/20071202CHINA.htm)
- 28 COM 632, S.5.
- 29 Wie eine zukünftige militärische Nutzung des Systems aussehen kann wird bereits diskutiert, siehe IMI Studie von Malte Lühmann (33/2008).
- 30 Eugene Kogan, The European Union Defence Industry and the Appeal of the Chinese Market, Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 1/2005, Schriftreihe der Landesverteidigungsakademie, Wien, S.35.
- 31 Nicola Casarini: The evolution of the EU-China relationship: from constructive engagement to strategic partnership, ISS Occasional Paper Nr. 64, Okt. 2006 Paris, S.34.
- 32 Ebenda, S.28.
- 33 Allerdings lässt sich feststellen, dass einzelne Mitgliedstaaten, z.B. jüngst Frankreich, vertreten durch Sarkozy, strategisch denken und sich vorstellen können, China als Gegengewicht zu den USA auftreten zu lassen.
- 34 Carsten Klenke, Rüstungsgüter, in: Chinas Aufstieg: Rückkehr zur Geopolitik?, SWP-Studie, Berlin 2/2006, S.21-26, S.23.
- 35 In den 80er Jahren ruhten weite Teile der chinesischen Afrikapolitik zugunsten einer Fixierung auf den wirtschaftlichen Aufbau und einer Orientierung auf die westlichen Industrienationen. Die Niederschlagung der Studentenbewegung 1989 ließen Beijing erneut nach Afrika auf der Suche nach Verbündeten blicken. Ian Taylor, China's Foreign Policy towards Africa in the 1990s, The Journal of Modern African Studies, Vol. 36, No. 3. (Sep., 1998), S. 443-460. Seit Ende der 90er Jahre ist dieses Element der „politischen Rückversicherung“ einer an ökonomischen Interessen ausgerichteten Politik gewichen, die wiederum bewirkte, sich Instrumente der Entwicklungshilfe gezielter zu bedienen.
- 36 IMI bereitet eine genauere Untersuchung vor, das chinesische Engagement in Afrika detailreicher zu beschreiben. Mit dieser zukünftigen Studie soll auch das unspezifische „Afrika“, was den folgenden Ausführungen anhaftet genauer aufgelöst werden - denn wie das Engagement Chinas nicht in jedem afrikanischen Staat gleich ist, so wenig sind es die Auswirkungen.
- 37 Die vier Stadien, in denen im Januar/Februar 2008 der Afrikacup in Ghana ausgetragen wurde, sind z.B. durch chinesische Hilfe entstanden.
- 38 Nach Schätzungen von Jon Swain sind ca. 750000 Chinesen in Afrika, Sunday Times 10.2.2008 (<http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/africa/article3319909.ece>)
- 39 Hier sind einzelne Fälle bekannt, eine Evaluierung des Ausmaßes und der Untersuchung, in welchen Bereichen dies geschieht, steht noch aus.
- 40 Dies gilt übrigens auch für die Länder in Lateinamerika, in denen sich auch chinesische Textilprodukte gegen einheimische durchsetzen und lokale Produktionen in den Ruin treiben. China pflegt mit den meisten Ländern der Sub-Sahara-Region (mit Ausnahme von Kongo und Angola) trotz erheblicher Rohstoffimporte einen Handelsbilanzüberschuss. Siehe z.B. Carla Berke, Chinas

Engagement in Afrika, Volkswirtschaftliche Analysen der KfW Entwicklungsbank, November 2006.

41 Stephanie Kleine-Ahlbrandt/Andrew Small, A Giant awakens, Beijing's dictatorship diplomacy, International Herald Tribune, 20.12.2007.

42 Carla Berke, Chinas Engagement in Afrika, Volkswirtschaftliche Analysen der KfW Entwicklungsbank, November 2006, S.3.

43 Die Anerkennung Taiwans als eigenständigen Staat erfolgt noch von einer handvoll kleiner Staaten, die zum Teil von der taiwanesischen Entwicklungshilfe profitieren - der Tschad hat 2006 seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan eingestellt und zur VR aufgenommen nachdem, laut Aussage eines taiwanesischen Regierungsoffiziellen, die VR zugesagt hatte, die Rebellen im Tschad nicht mehr zu stützen (China Aktuell, Data Supplement 7/2006).

44 Zahlen übernommen von Erica S. Downs, China, The Brookings Foreign Policy Studies, Energy Security Series, 12/2006.

45 Zahlen übernommen von Erica S. Downs, S.31.

46 BP Review of World Energy. Im Vergleich zeichnet sich ein leichte Verschiebung zugunsten Quellen in Südostasien ab - tatsächlich ist die schiere Menge des aus Afrika importierten Öls jedoch gestiegen.

47 Downs geht davon aus, dass derzeit nur knapp 15% der gesamten Ölimporte Chinas von chinesischen Firmen oder Firmen mit chinesischem Anteil im Ausland gefördert werden, wobei weiter anzunehmen ist, dass der Anteil nur langsam steigen wird. Mayer verweist auf das US-Department of Energy, dass Chinas Ölfirmen nicht einmal 1% der sich außerhalb China befindlichen Erdölproduktion kontrollieren. Maximilian Mayer, Warum Chinas „Energiehunger“ nicht zum „Krieg um Ressourcen“ führt, China Aktuell, 1/2007, S.57-75, S.63.

48 China neomerkantilistische Politik vorzuwerfen gehört zum guten Ton bei Frank Umbach, Chinas Energie- und Rohstoffdiplomatie und die Auswirkungen auf die EU-China-Beziehungen, China Aktuell, 1/2007, S.39-56, S.51. Und als Erwiderung darauf: Mayer, Warum Chinas „Energiehunger“ nicht zum „Krieg um Ressourcen“ führt, a.a.O..

49 Michael T. Klare, Fueling the Dragon: China's Strategic Energy Dilemma, Current History, April 2006, S.180-185, S.183.

50 Titel eines Artikels: Michael T. Klare, Fueling the Dragon: China's Strategic Energy Dilemma, Current History, April 2006, S.180-185.

51 Ebenda.

52 Für eine Diskussion siehe: Roland Götz, Europa und China im Wettstreit um Russlands Erdgas?, SWP-Aktuell, Nr. 18, 4/2006.

53 Maximilian Mayer, Warum Chinas „Energiehunger“ nicht zum „Krieg um Ressourcen“ führt, a.a.O., S.59f.

54 Usbekistan gehörte nicht zu den Gründungsmitgliedern von 1996, war aber bei der formellen Einsetzung und Umbenennung als SCO im Jahre 2001 dabei.

55 Beschluss auf dem SCO Summit, Juli 2005 in Astana.

56 Laut Analyse von Pan Guang, SCO's Success in Taking Responsibility for Security in Central Asia, Discussion Paper, 1st Berlin Conference on Asian Security, Berlin September 2006, veröffentlicht durch SWP.

57 Für enthusiastische Berichte siehe: Le Tian, We come in Peace, China Daily, 15.8.2007; Gao Fan, SCO Prioritizes Peace and Security, China Pictorial, 9/2007. Bereits seit 2003 gibt es Übungen im kleineren Rahmen.

58 Im Zuge der Entwicklung der SCO hat man z.B. die letzten Grenzstreitigkeiten zwischen China und Russland beigelegt.

59 Pan Guang, op. Zit., Pan übersieht das die USA durchaus schon einmal den Beobachterstatus für die SCO beantragt hatten, aber zurückgewiesen wurden.

60 Andrea Schmitz, Eine politische Strategie für Zentralasien, Volker Perthes/Stafan Mayr (Hg.), Europäische Außen- und Sicherheitspolitik, SWP-Studie, 9/2006, S.41-45, S.42.

61 中国国家地理, Chinese National Geography, 5/2007.

62 COM631, S.4.

63 Gudrun Wacker, Mehr Kohärenz in den Beziehungen zu China, Volker Perthes/Stafan Mayr (Hg.), Europäische Außen- und Sicherheitspolitik, SWP-Studie, 9/2006, S.59-62, S.60. Hervorhebung im Original.

64 Secretary of Defense, Annual Report to Congress: Military Power of the People's Republic of China 2006, Washington.

65 Dennis J. Blasko, Rumsfeld's Take on the Chinese Military: A Dissenting View, Current History, 9/2006, S.263-269.

66 State Council of the People's Republic of China, White Paper on China's National Defense in 2006, Beijing 12/2006.

67 Eberhard Sandschneider, Is China's military modernisation a concern for the EU?, Marcin Zaborowski (ed.), Facing China's rise: Guidelines for an EU strategy, ISS Chailiot Paper 94, 12/2006, Paris, S.39-47, S.40.

Die Erstellung dieser Studie durch die Informationsstelle Militarisierung (IMI) wurde großzügig von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt.



**Wir fordern:**  
**Soziale Sicherheit statt militärische Großmachtspolitik!**